

Krzysztof Ruchniewicz

Wrocław

Reaktionen der DDR auf die Oktober-Ereignisse in Polen im Jahre 1956¹

Das Jahr 1956 ist ein Schlüsseljahr für die Geschichte der kommunistischen Staaten Ost- und Ostmitteleuropas, es ist der Höhepunkt des „Tauwetters“, das nach Stalins Tod (1953) eingesetzt hatte. In Polen und Ungarn sahen sich die regierenden kommunistischen Parteien einer offenen Legitimationskrise gegenüber. In Ungarn führte diese Krise zum antikommunistischen Aufstand und zur sowjetischen Intervention. Auf diese Weise wurden die Grenzen des „Tauwetters“ deutlich markiert. In Polen wandelte sich die Situation von einem Aufstand gegen die Regierung (Juni-Aufstand in Posen 1956) in eine Vertiefung der Liberalisierung und Machtübernahme durch Władysław Gomułka, der das Vertrauen des eigenen Volkes als Opfer des Stalinismus hatte (Oktober 1956). Die Ereignisse des Jahres 1956 sagen viel über den Zusammenhalt des kommunistischen Blocks und dessen Methoden der Machtsicherung aus. Zum Ausbruch der gesellschaftlichen Unzufriedenheit kam es in der DDR nicht, aber auch hier war die innenpolitische Lage angespannt. Ulbrichts Verbleib an der Parteispitze in einem Moment, in dem andere kommunistische Parteichefs der stalinistischen Phase abgesetzt worden waren, schien gefährdet zu sein. Das Gespenst der Wiederholung der Ereignisse von 1953 war für die SED real und erklärt die Ängste vor Liberalisierungen in den anderen Ostblockstaaten. Dies galt vor allem in bezug auf die Veränderungen im benachbarten Polen. Deshalb soll hier folgenden Fragen nachgegangen werden: Wie ging Ulbricht bzw. die SED-Führung mit dieser potentiell gefährlichen Situation um? Wie wirkte sie sich auf die Beziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen zu dieser Zeit aus? Und schließlich ist zu fragen, wie die ostdeutsche Bevölkerung die politischen Veränderungen aufnahm. War auch in der DDR etwas von dem „polnischen Frühling im Oktober“ zu spüren?

Ich beschränke mich in der folgenden Darstellung auf die Ereignisse des sog. „Polnischen Oktobers“ im engeren Sinne, also auf die Ereignisse von Oktober bis Dezember 1956 und damit auf den Höhepunkt des polnischen „Tauwetters“. Die Ereignisse, die unmittelbar mit dem 8. Plenum des ZK der PVAP, der Rückkehr W. Gomułkas an die Macht sowie den Massendemonstrationen in den letzten drei Monaten des Jahres 1956 zusammenhängen, stehen im Zentrum der vorliegenden Ausführungen. Die Darstellung der Reaktionen der DDR-Machthaber auf die bereits seit 1955 einsetzende politische Liberalisierung in Polen oder auf den Arbei-

¹ Für die sprachliche Überarbeitung danke ich Frau Stefani Sonntag aus Bielefeld sehr herzlich.

teraufstand in Posen im Juni 1956 bedürfte einer eigenen Analyse und würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen.² Zur Erläuterung der Situation unmittelbar vor dem Oktober 1956 sei hier lediglich angemerkt: Die SED hatte die Zerschlagung des Arbeiteraufstandes im Juni 1956 in Posen mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen. Die Niederschlagung des Aufstandes in Polen wurde mit dem gewaltsamen Ende des Volksaufstandes in der DDR im Juni 1953 verglichen, und auch in Polen – ebenso wie 1953 in der DDR – wurde „der Westen“ für diesen neuen ‘Putsch’ bzw. für die ‘Verschwörung’ verantwortlich gemacht. Demgegenüber wurde die Lockerung der Pressezensur in Polen im Jahre 1956 scharf kritisiert.

In der bisherigen Forschungsliteratur ist die Frage, wie die Führungsspitze der DDR einerseits und die Bevölkerung andererseits auf die Oktober-Ereignisse in Polen reagierten, kaum thematisiert worden. Die ostdeutschen Quellensammlungen zu den deutsch-polnischen Beziehungen, die vor 1989 erschienen sind, endeten entweder im Jahre 1955 oder klammerten den Oktober 1956 völlig aus.³ In westdeutschen Darstellungen zu den Beziehungen zwischen Polen und der DDR nach 1949 wird das Jahr 1956 nur am Rande berücksichtigt.⁴ Zudem stützen sich diese Arbeiten auf Auswertungen der DDR-Presse und bieten allenfalls einen ersten Zugang zum Thema. Obwohl diese ersten Arbeiten z. T. zahlreiche sachliche Fehler enthalten – dies gilt insbesondere für die Arbeit von Sikora – werden sie von manchen Forschern bis heute unkritisch zitiert,⁵ wobei allerdings hinzuzufügen ist, daß einige Thesen von Bontschek und Sikora lange Zeit wegen mangelnden Zugangs zu den Archiven in der DDR und in Polen nicht überprüft werden konnten.

In der DDR war – ebenso wie in Polen vor dem Systemwechsel – eine wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Oktober 1956 politisch nicht opportun. In der

² Mit diesen Fragen beschäftigte ich mich in meinen anderen Arbeiten: K. Ruchniewicz, Berlin i Bonn patrzą na październik 1956 r. w Polsce (Berlin und Bonn schauen auf den Oktober 1956 in Polen), in: Polska 1944/45-1989. Polska 1956 – próba nowego spojrzenia. Studia i materiały 3, Warszawa 1997, S. 63-78 und ders., Niemiecka Republika Demokratyczna wobec wydarzeń poznańskich w czerwcu 1956 r. (Das Verhältnis der DDR gegenüber den Ereignissen in Posen im Juni 1956), in: Wrocławskie Studia z Historii Najnowszej, hrsg. von W. Wrzesiński, Bd. 6, Wrocław 1998, S. 135-152.

³ Vgl. Die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen. Dokumente und Materialien 1949-1955, Berlin 1986; Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit der Deutsch-Polnischen Historiker-Kommission, Bd. 1, Berlin 1959.

⁴ Vgl. F. Bontschek, Die Volksrepublik Polen und die DDR: Ihre Beziehungen und ihre Probleme, Köln 1975; F. Sikora, Sozialistische Solidarität und nationale Interessen. Polen. Tschechoslowakei. DDR, Köln 1977.

⁵ Letzens gab Ch. Kleßmann nach F. Sikora ein falsches Datum des Auftrittes von Wl. Gomulka auf dem 8. Plenum in „Neues Deutschland“ an, das in seinen Ausführungen eine wichtige Rolle gespielt hat. Vgl. Ch. Kleßmann, Die politischen Beziehungen zwischen der DDR und der VR Polen (1949 bis 1989), in: Die lange Nachkriegszeit. Deutschland und die Polen von 1945 bis 1991, unter der Redaktion von A. Reich, R. Maier, Braunschweig 1995, S. 89 (Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission, Bd. 22/XIV).

umfangreichsten polnischen Abhandlung zu den Beziehungen zwischen Polen, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, die von Mieczysław Tomala Ende der 80er Jahre vorgelegt worden ist, werden die Ereignisse des Jahres 1956 und ihr Einfluß auf die Beziehungen der drei Länder kaum erwähnt.⁶

Das Jahr 1989 bedeutet für die Erforschung der Beziehungen zwischen Polen und der DDR eine deutliche Zäsur. Die Aufhebung der Zensur, die Auflösung der DDR sowie die Öffnung der Archive dieses Staates schufen gute Bedingungen für die Aufnahme neuer Forschungsprojekte zu den Beziehungen zwischen der DDR und Polen in den 50er Jahren. Erste deutschsprachige Arbeiten, die auf der Basis der verbesserten Quellenlage entstanden sind, liegen bereits vor.⁷ Zur Diskussion meldeten sich auch Historiker aus der ehem. DDR.⁸ Eine sehr wertvolle Ergänzung zu den wissenschaftlichen Darstellungen sind die nach der Wende publizierten Quellensammlungen⁹ und die Memoiren leitender Funktionäre der SED sowie der politischen Gegner von Walter Ulbricht.¹⁰

Auch in Polen sind nach dem Systemwechsel Abhandlungen zum Thema erschienen, so z. B. die Nachkriegsgeschichte der beiden deutschen Staaten von E. Cziomer¹¹ oder der Aufsatz von Z. Kozik¹² über die Rezeption des polnischen Oktobers

⁶ M. Tomala begnügte sich mit folgender Feststellung: „Veränderungen, die sich in Polen im Oktober 1956, aber auch in der DDR ereigneten, stießen anfänglich auf kein volles Verständnis“. Er erläuterte jedoch nicht, wie dieser Mangel an Verständnis zu erklären war; auch die Fußnote zu diesem Satz gibt keine näheren Erläuterungen dazu. Vgl. M. Tomala, Warszawa-Berlin-Bonn (1944-1980), Szczecin 1987, S. 118 und Fußnote 51.

⁷ Vgl. B. Ihme-Tuchel, Das „nördliche Dreieck“. Die Beziehungen zwischen der DDR, der Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1954 bis 1962, Köln 1994 sowie zahlreiche Aufsätze; P. Ther, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956, Göttingen 1998.

⁸ Vgl. A. Mitter, Ressentiments und „proletarischer Internationalismus“: Die Einstellung der DDR gegenüber der VR Polen, in: Vorurteile zwischen Deutschen und Polen. Materialien des deutsch-polnischen wissenschaftlichen Symposiums 9. bis 11. Dezember 1992 Görlitz-Zgorzelec, hrsg. von F. Grucza, Warschau 1994, S. 76-82; A. Mitter, S. Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1995, S. 163-297.

⁹ Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949-1961, hrsg. von D. Hoffmann, K.-H. Schmidt, P. Skyba, München 1993, S. 233-277; „Hoffnung kann enttäuscht werden“. Ernst Bloch in Leipzig, dokumentiert und kommentiert von V. Caysa, P. Caysa, K. D. Eichler und E. Uhl, Frankfurt/M. 1992; Texte zur Krise des Sozialismus, Berlin 1990.

¹⁰ E. Wollweber, Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ulbrichts, in: „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, 32 (1990), S. 350-378; K. Schirdewan, Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, 2. Aufl., Berlin 1994; W. Janka, Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Reinbek 1990; W. Harich, Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR, Berlin 1993.

¹¹ E. Cziomer, Historia Niemiec 1945-1991. Zarys rozwoju problemu niemieckiego od podziału do jedności, Kraków 1992.

¹² Z. Kozik, Echa polskiego Października w społeczeństwie NRD, in: „Rocznik Polsko-Niemiecki“, Warszawa 1995, S. 7-41.

in der DDR-Gesellschaft. Z. Kozik hat als einer der ersten Forscher das Archivmaterial des ZK der SED ausgewertet.

In keiner der vorhandenen Arbeiten wird allerdings versucht, das Verhältnis zwischen der DDR und Polen im Jahre 1956 auf der Basis der heute zugänglichen deutschen und polnischen Akten darzustellen.¹³ Dies ist Aufgabe des vorliegenden Aufsatzes.¹⁴

Zur Gliederung: In einem ersten Schritt werde ich mich mit den politisch-diplomatischen Reaktionen Ulbrichts bzw. der SED auf den Machtwechsel in Polen im Oktober 1956 beschäftigen. Daran schließt sich eine Analyse der Pressepolitik der SED und der Berichterstattung über die Ereignisse in Polen von Oktober bis Dezember 1956 im „Neuen Deutschland“ an. Den Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf diese Ereignisse werde ich mich im letzten Teil dieser Arbeit widmen.

I. Politisch-diplomatische Reaktionen Ulbrichts und der SED

Die Vorbereitungen zum 8. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) sowie dessen Verlauf wurden von der SED mit großen Vorbehalten beobachtet und sogar als möglicher Beginn einer Konterrevolution in Polen gewertet.¹⁵ Einen Tag vor dem Beginn des 8. Plenums, am Morgen des 18. Oktobers, notierte der Zweite Sekretär der polnischen Botschaft, J. Pierzchala, zur sowjetischen Truppenbewegung: „Auf dem Rückweg von Greifswald stießen wir auf der Autobahn in der Nähe Berlins auf eine kilometerlange Waffentransportkolonne der UdSSR, die von Panzern begleitet wurde und in Richtung Norden fuhr. Wie wir später erfuhren, wurde am selben Tag die DDR-Armee alarmiert, am Samstag wurde bis auf Widerruf der Sicherheitsdienst mobilisiert und am Samstag morgen erschienen bewaffnete ‘Kampfgruppen’ und die Verbände der ‘Gesellschaft für Sport und Technik’ auf den Straßen”.¹⁶ Bewegungen sowjetischer Truppen gab es auch

¹³ Sogar die Aufsätze, die in Deutschland anlässlich des 40. Jahrestages der Oktober-Ereignisse in Polen 1956 publiziert wurden, beschäftigen sich nicht mit der detaillierten Darstellung dieser Vorgänge. Vgl. I. Kircheisen (Hrsg.), *Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel der blockinternen Wandlungen und internationalen Krisen*, Berlin 1995; *Das Jahr 1956 in Osteuropa*, hrsg. von H. H. Hahn und H. Olschowsky, Berlin 1996.

¹⁴ Der vorliegende Aufsatz stellt die veränderte Fassung des Beitrags, der während einer Tagung über die Oktober-Ereignisse 1956 in den West- und Nordgebieten Polens in Mierki bei Olsztyn/Polen im September 1996 vorgestellt wurde, dar. Vgl. K. Ruchniewicz, *Niemiecka Republika Demokratyczna wobec wydarzeń październikowych 1956 r. w Polsce*, in: *Październik 1956 na Ziemiach Zachodnich i Północnych. Materiały seminarium naukowego. Mierki koło Olsztyna, wrzesień 1996*, hrsg. von W. Wrzesiński, Wrocław 1997, S. 139-162.

¹⁵ Vgl. Notatka służbowa II sekretarza ambasady PRL w Berlinie, ob. Pierzchały z dnia 26.10.1956 (Dienstliche Mitteilung des 2. Sekretärs der Botschaft der VRP, Genosse Pierzchała vom 26.10.1956), *Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych* (im folgenden A MSZ), Departament IV, 10/378/42. Siehe auch Wollweber, op. cit., S. 363.

¹⁶ Notatka służbowa II sekretarza ambasady PRL w Berlinie ..., op. cit.

in den Grenzgebieten – in Cottbus, Frankfurt an der Oder und Hoyerswerda.¹⁷ Muß man also aufgrund dieser Truppenmobilisierungen davon ausgehen, daß sich nicht nur die UdSSR, sondern auch die DDR auf eine Intervention in Polen vorbereitete? Nicht alle Umstände dieser Vorbereitungen sind ausreichend erforscht.¹⁸ Selbst wenn man nicht davon ausgeht, daß es um Vorbereitungen zur Pazifizierung des ‘von Meuterei bedrohten Bruderlandes’ ging, so bleibt zumindest festzuhalten, daß die Regierungen beider Länder durch teilweise Mobilmachung ihrer Truppen den Bürgern der DDR Macht und Entschlossenheit demonstrieren und diese vor Unruhen warnen wollten. Man könnte auch annehmen, daß die Unterstützung für eine mögliche Intervention der UdSSR in Polen ein Versuch [der DDR-Regierung] war, den negativen Eindruck der Unzuverlässigkeit, den der Juni-Aufstand 1953 hinterlassen hatte, zu relativieren. Auf jeden Fall war diese Intervention dazu geeignet, die SED selbst zu stärken, weil es ihre „Linientreue“ unterstrich.

Über die unerwartete Anreise der sowjetischen Delegation des ZK der KPdSU zum 8. Plenum nach Warschau wurde das ZK der SED mit Schreiben vom 19.10. informiert. Die „deutlichen Meinungsverschiedenheiten“ innerhalb der Leitung der PVAP bei grundlegenden Fragen der Außen- und Innenpolitik der Partei und des Staates sowie der personellen Veränderungen in der Partei, hätten die Führung im Kreml beunruhigt, so hieß es. Die Lage Polens im Zentrum Europas und die Bedeutung dieses Landes für den ganzen sozialistischen Block, vor allem für die UdSSR, habe die sowjetische Führung zur Entsendung einer Delegation nach Polen gezwungen, um diese Schwierigkeiten zu klären.¹⁹ An der Delegation nahmen die Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPdSU N. Chruschtschow, L. Kaganowitsch, A. Mikojan und W. Molotow teil. Über die Ankunft des Oberbefehlshabers der Warschauer-Pakt-Staaten, I. Koniew, und der anderen sowjetischen Generäle wurde nicht informiert. Diese unvollständige Information wurde später im Organ der SED „Neues Deutschland“ veröffentlicht.²⁰ Die Frage, ob die Unterrichtung der SED-Führung über den bevorstehenden Besuch Chruschtschows in Warschau etwas Außergewöhnliches war und über den normalen Rahmen der Berichterstattung der KPdSU über eigene Schritte hinausging, kann erst beantwortet werden, wenn aus den Akten nachgewiesen wird, ob auch andere Staatschefs der Ostblockstaaten, wie z.B. der Tschechoslowakei, ähnliche Briefe bekommen haben. Es ist durchaus möglich, daß das Schreiben die SED-Führung beruhigen und beweisen

¹⁷ Vgl. Kozik, op. cit., S. 20-22.

¹⁸ Z.B. sprechen A. Mitter und S. Wolle aufgrund der STASI-Akten nur über eine Möglichkeit zur Intervention der sowjetischen Truppen, die die SED-Führung befürworten würde. Vgl. Mitter, Wolle, op. cit., S. 262. Dagegen läßt B. Ihme-Tuchel, die die Akten des Auswärtigen Amtes der UdSSR gesichtet hat, die Vorbereitungen zur Intervention in Polen aus dem Gebiet der DDR aus. Vgl. Ihme-Tuchel, op. cit., S. 133 und 134.

¹⁹ Vgl. SAPMO-BArch ZPA, J VI 2/202/386 Bd. 1.

²⁰ Siehe Besprechungen zwischen der KPdSU und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Chruschtschow, Kaganowitsch, Mikojan und Molotow kamen nach Warschau, in: „Neues Deutschland“, Nr. 252 vom 21.10.1956, S. 1.

sollte, daß die weitere Entwicklung der Situation in Polen von den sowjetischen Führern ernstgenommen wird.²¹

Die Ergebnisse des 8. Plenums der PVAP beurteilte W. Ulbricht negativ. Genauere Informationen über den Verlauf der Ereignisse erhielt Ulbricht vom Minister für Staatssicherheit, Ernst Wollweber, der sich zur Zeit des 8. Plenums zur Kur zufällig in Polen aufhielt. Wollweber hatte Gespräche mit einigen Mitgliedern des ZK der PVAP geführt, über die er Ulbricht informierte. Offenbar war Ulbricht – abgesehen von wenigen Informationen zur Rede Gomuska und zu den Beschlüssen des 8. Plenums – über Einzelheiten nicht im Bilde. Erst am 23.10. übermittelten die Mitarbeiter der DDR-Botschaft in Warschau, in Abwesenheit des Botschafters Heymann²², Fragmente der Rede Gomuska in deutscher Übersetzung. Sie stammten aus der zum Druck vorbereiteten Nummer der Zeitschrift für die deutsche Minderheit in Polen, der „Arbeiterstimme“.²³

Die Reaktion Ulbrichts auf den Bericht Wollwebers war sehr heftig. Was sich abspiele, so der Erste Sekretär im Gespräch mit Wollweber, sei unerhört: „Die polnische Staatssicherheit hat vollkommen versagt. Der Innenminister, von dem du ja etwas hältst, ist sogar ein Gomuska-Mann. Man hat Gomuska gestattet, seine Rede im Radio zu halten und damit über ganz Polen zu verbreiten. Damit ist die Sache entschieden“.²⁴ Auf die Frage seines Ministers, was hätte geschehen sollen, antwortete Ulbricht kurz: „Die Staatssicherheit hätte verhindern müssen, daß die Gomuska-Rede verbreitet wird. Solange das nicht nach außen gedrungen wäre, hätte man noch vieles in Polen verhindern können. Durch die Rundfunkübertragung und die Veröffentlichung [der Rede Gomuska – Anm. des Verf.] ist alles in Bewegung gekommen, und vielleicht gibt es überhaupt kein Halten mehr. Wir haben Maßnahmen getroffen für alle Fälle“.²⁵ Die Reaktion Ulbrichts war also sehr nervös. Außerdem bestätigt diese Äußerung Ulbrichts, daß Gegenmaßnahmen geplant waren. Ob es sich dabei um die oben erwähnte Bereitschaft zur Intervention handelte, ist schwer zu sagen.

Wollweber versuchte Ulbricht zu beruhigen: „Diese Maßnahmen nutzen gar nichts. Die Schlacht muß in Polen gewonnen werden. Außerdem gibt es in Polen gute Kommunisten. Die Frage des Sieges der Konterrevolution ist gar nicht entschieden. Man muß jetzt alle Kräfte stützen, die bereit sind, die Konterrevolution zu bekämpfen. Und man muß es tun mit Gomuska“.²⁶ Die Argumentation von Wollweber über-

²¹ B. Ihme-Tuchel behauptet, daß das ZK der KPTsch gleichlautendes Schreiben erhalten hat. Vgl. Ihme-Tuchel, op. cit., S. 134, Fußnote 63.

²² Wahrscheinlich war er zur dieser Zeit in Berlin, um einen Bericht über die Vorgänge in Polen dem ZK der SED abzustatten.

²³ Die polnische Botschaft in Berlin informierte, daß das „Aktiv des Außenministeriums schon am Montag [d.h. am 23.10 – Anm. des Verf.] den Text der Rede Gomuska in Deutsch besaß“. Am selben Tag fand dort die Diskussion darüber statt. Wahrscheinlich handelt es sich um die von der Botschaft der DDR in Warschau übersandte Übersetzung. Vgl. ferner Notatka służbowa II Sekretarza Ambasady PRL w Berlinie, op. cit.

²⁴ Wollweber, op. cit., S. 363.

²⁵ Ibidem, S. 363-364.

²⁶ Ibidem, S. 364.

zeugte Ulbricht nicht. In dieser Situation verwundert nur, daß sich das Politbüro der SED nicht zu einer Sondersitzung zu den Vorgängen in Polen – ähnlich etwa wie anlässlich der Krise in Poznań/Posen im Juni 1956 – entschied.²⁷ Der Grund für den Verzicht könnten die Ereignisse in Ungarn sein, die als gefährlicher eingestuft wurden.

Eine ähnliche Einstellung wie Ulbricht vertrat der Großteil der SED-Funktionäre. Das Mißtrauen gegenüber Polen veranlaßte sie dazu, sowohl die Berichte der polnischen Presse und des Rundfunks als auch die der westlichen Medien als ‘verdächtig’ einzustufen. Der Sekretär der SED in Leipzig soll auf der Versammlung des Parteiaktivs gesagt haben: „Unsere Quellen über die Situation in Polen sind Moskau und ‘Neues Deutschland’, und nicht Warschau, RIAS und BBC. Wir sind nicht von Polen abhängig und mit der Politik der dortigen Partei nicht einverstanden. [...] Nach dem Tod Bieruts [1956 – Anm. des Verf.], der von den Volksmassen in Polen sehr geliebt wurde, kamen Menschen mit feindlicher Ideologie zu Wort, es zeigten sich Spaltungerscheinungen.“ Hierin sei, so der SED-Sekretär weiter, der Hintergrund für das 8. Plenum zu sehen.²⁸ In dieser Äußerung fällt auf, daß die offiziellen polnischen Äußerungen aus Warschau in einem Atemzug mit westlichen, „feindlichen“ Sendern genannt werden.

In Zusammenhang mit der unsicheren Situation in Polen gab es in DDR-Regierungskreisen Stimmen, die die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze sowie die Abtretung der ehemaligen deutschen Ostgebiete an Polen in Frage stellten. Diese Meinung – bisher ein öffentliches Tabuthema – wurde von einem Großteil der DDR-Gesellschaft geteilt.²⁹ Ein historischer Anspruch Polens auf den Besitz dieser

²⁷ S. ferner K. Ruchniewicz, *Niemiecka Republika Demokratyczna ...*, op. cit., S. 136.

²⁸ „Notatka z 30.11.1956“ (Die Mitteilung vom 30.11.1956), A MSZ, Departament IV, 10/378/42 Bd. 2.

²⁹ Über diese Meinung berichtete die polnische Botschaft in Berlin. Der Großteil der deutschen Gesellschaft, so der Vorsitzende der Fraktion des LDPD in der Volkskammer, Rudolf Agsten, sei immer noch gegenüber Polen negativ eingestellt. Und weiter: „Die meistreaktionäre Stimmung im Verhältnis zu Polen herrscht bei den Umsiedlern und dem Kleinbürgertum; sie sind gegen die Festlegung der Grenze zwischen Polen und der DDR an der Oder und Neiße. Diese Leute verheimlichen ihre Abneigung, sogar Feindschaft gegenüber Polen nicht [...],, Agsten betonte mehrmals, daß „wir Polen keine Ahnung haben, wie schwer es fällt, sich mit den Leuten über die Freundschaft zwischen Polen und der DDR zu unterhalten“ Es sei leichter, fügte er noch hinzu, die Freundschaft zwischen der UdSSR und der DDR zu propagieren. „Notatka służbowa z rozmowy z Rudolfem Agstenem, przewodniczącym frakcji LDPD w Izbie Ludowej na przyjęciu w dniu 11.06.1956 wydanym przez rząd NRD na cześć delegacji KRLD, 22.06.1956“ (Eine dienstliche Mitteilung über das Gespräch mit Rudolf Agsten, den Vorsitzenden der Fraktion des LDPD in der Volkskammer, während des Empfanges am 11.06.1956 organisiert durch die Regierung der DDR auf Ehren der Delegation aus Nordkorea, 22.06.1956), A MSZ, 10/377/42. S. ferner: G. Christopeit, *Die Vertriebenen im Gründungsjahr der DDR – Versuch einer Standortbestimmung anhand ihrer Lage im Land Brandenburg 1949*, in: *50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR*, hrsg. von M. Wille, Magdeburg 1997, S. 256-270.

Gebiete wurde negiert, demgegenüber wurden ideologisch begründete Besitzansprüche erhoben. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Regierung der DDR hatte ihr keine Sympathien in der eigenen Gesellschaft gebracht. Sollten sich Veränderungen des politischen Systems in Polen ergeben, so lautete die Argumentation, so müsse man auch über eine Veränderung der Grenzen nachdenken. In diesem Sinne äußerte sich Wollweber im Gespräch mit Ulbricht im Oktober 1956: „Im Moment müssen wir meiner Ansicht nach – solange nicht gesichert ist, daß die Konterrevolution nicht siegt – aufhören mit den ständigen Erklärungen über den Schutz der Oder-Neiße-Grenze durch die DDR und die sowjetischen Truppen in der DDR.“ Und Wollweber fügte noch hinzu: „Man kann jetzt bei antisowjetischen Elementen in Polen nicht den Eindruck entstehen lassen, daß sie sich austoben können, und gleichzeitig wird ihre Westgrenze unter allen Umständen geschützt“.³⁰ Die Grenzfrage wurde sehr oft in Verbindung gebracht mit der Lieferung polnischer Kohle an die DDR. Es wurde Polen vorgeworfen, Kohle bevorzugt an die Bundesrepublik und nicht an die DDR zu liefern, obwohl letztere doch die für Polen günstige Grenze an Oder und Neiße garantiere.

Eine abschließende Beurteilung der Reaktion der DDR-Führungsspitze auf die Ereignisse des Polnischen Oktobers enthält eine spätere Mitteilung des polnischen Außenministeriums vom Juni 1957, die anlässlich des Besuches der polnischen Delegation in der DDR geschrieben worden ist. „Die Reaktion der leitenden Partei- und Regierungskreise auf das 8. Plenum war kühl, manchmal abweisend. Die Partei- und Regierungsleitung der DDR, die über die Ereignisse in Polen nicht schweigen konnte, versuchte in gewissem Sinne die neue PVAP-Leitung zu diskreditieren, indem sie Zweifel an der weiteren sozialistischen Entwicklung unseres Landes äußerte. Und so sollte Genosse Ulbricht, der eine Rede auf einem Treffen der Chefredakteure der DDR-Presse gehalten hat, gesagt haben: [...] man muß überlegen, ob die Konterrevolution auf kaltem Wege nicht gesiegt hätte (Information erhalten aus vertraulicher Quelle). In den offiziellen Äußerungen der Führung der DDR wurden diejenigen scharf angegriffen, die die Unabhängigkeit der Länder der Volksdemokratie, die Wahrung der Selbständigkeit und des nationalen Weges zum Sozialismus gefordert haben“.³¹ Zu betonen ist, daß derartig „scharfe Äußerungen“ auch noch Mitte 1957 gemacht wurden.

Nicht nur Gomu³kas Ankündigungen weiterer ‘Entstalinisierungs’-Reformen, sondern auch die Person des Ersten Sekretärs der PVAP weckten bei Ulbricht Unsicherheit und Antipathie. Die beiden Politiker unterschieden sich in vielerlei Hinsicht. Gomu³ka gehörte während des Krieges dem kommunistischen Untergrund im besetzten Polen an, Ulbricht dagegen lebte in den Jahren 1938-45 im Exil in der

³⁰ Wollweber, op. cit., S. 363.

³¹ „Notatka informacyjna w sprawach wynikających ze stosunku między Polską a Niemiecką Republiką Demokratyczną (Eine Mitteilung betreffs der aus dem Verhältnis zwischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik resultierenden Probleme), A MSZ, Departament IV, 10/463/48.

UdSSR.³² Der polnische Politiker propagierte nach dem Zweiten Weltkrieg „den polnischen Weg zum Sozialismus“, und wurde dafür 1948 aller Posten enthoben und aus der Partei ausgeschlossen. Der Erste Sekretär der SED versuchte, sein Land nach sowjetischem Muster umzugestalten. Gomuška forderte von der UdSSR ein Bündnis auf partnerschaftlicher Grundlage (innere Souveränität, Regulierung der wirtschaftlichen Fragen, Anerkennung gewisser Besonderheiten in der polnischen Entwicklung), Ulbricht dagegen war in stärkerem Maße abhängig von der UdSSR – allein vom Willen des Kreml hing nicht nur das Herrschaftssystem, sondern auch die Existenz des zweiten deutschen Staates ab. Gomuška war ein Häftling des Stalinismus, dessen politische Vorstellungen als ‘abweichlerisch’ verurteilt worden waren. Der Erste Sekretär der SED war Mitglied der stalinistischen Regierung, er gehörte in der Zeit nach dem Treffen in Szklarska Poręba/Schreiberhau und der Gründung des Kominform 1947 zu den erklärten Gegnern Titos und Gomuškas.³³ Aufgrund der Absetzung Gomuškas wegen mangelnder „Linientreue“ und wegen seiner späteren Verhaftung galt er der SED als ‘verdächtig’. Dies sahen auch die Mitarbeiter der polnischen Botschaft. „Im Gespräch mit den Mitarbeitern des Außenministeriums (Wenk, Kinigkeit) wurde die Ansicht vertreten, daß seine [Gomuškas, Anm. d. Verf.] jetzige Wahl zum Ersten Sekretär irgendwie ein schlechtes Licht auf unser ZK wirft. [...] Man muß annehmen, daß [diese Meinung – Anm. des Verf.] belauscht wurde, die als eine aktuelle Information von oben vermittelt wurde“.³⁴ Dies ist ein anderer Unterschied in der Beurteilung, an den man sich in Zusammenhang mit den Oktober-Ereignissen in Polen erinnern muß. In den ersten Monaten nach der Machtübernahme erfreute sich Gomuška großer Unterstützung in der polnischen Bevölkerung, worüber die Botschaft der DDR in Warschau mehrmals berichtete.³⁵ Ulbricht besaß diese Unterstützung nicht und versuchte, sie mit Hilfe der sowjetischen Truppen zu erzwingen. Auch dies beeinträchtigte in den ersten Monaten nach dem 8. Plenum das Verhältnis der beiden Politiker zueinander. Die Versuche, dieses schlechte Verhältnis langfristig zu verändern, schlugen fehl,

³² Über Ulbricht siehe ferner: C. Stern, Ulbricht, Eine politische Biographie, Köln/Berlin 1963; F. Sumpf, Walter Ulbricht, in: DDR. Wer war wer. Ein biographisches Lexikon, 2. Aufl., Berlin 1992, S. 461-462.

³³ Vgl. das Referat Ulbrichts: „Die theoretische und praktische Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien über die Lage in der KP Jugoslawiens“ auf der 13. Tagung des Parteivorstandes der SED (15.09.1948), in: Entscheidungen der SED 1948. Aus den Stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED, hrsg. von T. Friedrich, Ch. Hübner, H. Mayer und K. Wolf, Berlin 1995, S. 311-333. S. auch E. W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 340-341.

³⁴ „Notatka służbowa II sekretarza ambasady PRL w Berlinie ...“, op. cit.

³⁵ Vgl. „VIII. Plenum der PZPR“, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden SAPMO im Bundesarchiv), J IV 2/202-368, Bd. 1.

obwohl Gomulka seine liberale Politik sehr früh aufgab. Dies bestätigen die Dokumente aus den späteren Jahren.³⁶

Um die These vom Beginn einer Konterrevolution in Polen zu stützen, notierten die Mitarbeiter der Botschaft der DDR alle Fälle von Demonstrationen, die in Polen Ende Oktober organisiert wurden. Über manche Demonstrationen berichtete auch „Neues Deutschland“, wobei interessante Unterschiede zur Berichterstattung der Botschaftsmitarbeiter auffallen. Ein Mitarbeiter der Botschaft, M. Schmid, war beispielsweise Zeuge einer Demonstration in Wrocław/Breslau. „In den Abendstunden des 22.10.1956, kurz vor Beginn des Theaters, erfolgte eine große Demonstration von ca. 10-15.000 Menschen, vorwiegend Studenten und Jugendliche; in Sprechchören wurde gerufen: ‘Raus mit den Russen!’ ‘Wir wollen Souveränität!’ ‘Nieder mit Rokossowski!’ Die Straßenschilder, die den Namen Rokossowskis und sowjetische Namen trugen, wurden entfernt. [...] Die Demonstration hat ungefähr 30-40 Minuten gedauert. Es gab keine Zwischenfälle“.³⁷ Zwei Tage später, am 24.10, berichtete das „Neue Deutschland“ über dieselbe Demonstration. Das SED-Organ berief sich auf polnische Zeitungsberichte. Schon der Titel dieses Berichtes „Feindliche Provokation in Wrocław“ ließ die darin enthaltene Bewertung der Ereignisse erkennen.³⁸ Für die Organisation der „Provokationen“ wurden „nationalistische“ und „antisowjetische“ Elemente verantwortlich gemacht. Dem Bericht zufolge verurteilte die Bevölkerung Breslaus diese Demonstration. Allerdings verwundert die Tatsache, daß in diesem Bericht weder Demonstrantenzahlen genannt werden noch über von den Demonstranten skandiierte Parolen berichtet wird³⁹. Auf diese Weise wurde dem Zeitungsleser in der DDR eine Bewertung vermittelt, die die Ereignisse in Polen nicht nur als gegen die eigene Partei und Regierung, sondern auch als gegen die UdSSR gerichtet sah.

Um über die Ereignisse in Polen und Ungarn „aufzuklären“, organisierte die SED-Führung zahlreiche Treffen mit den Sekretären der unteren Parteiebenen. Über diese Treffen unterrichtete die polnische Botschaft in Berlin ihre Zentrale. Der Erste Sekretär der Botschaft, St. Kopa, schrieb: „Genosse Neumann [Erster Sekretär der SED-BL Berlin – Anm. des Verf.] wandte sich vor Beginn des Referats über die polnischen Angelegenheiten mit der Bitte an die Versammelten, in der Diskussion keine Fragen der Art: ‘Wer ist Genosse Gomu³ka?’ und ‘Was hat er in der letzten Zeit gemacht?’ zu stellen.“⁴⁰ Bei der Analyse der Situation in Polen

³⁶ Beispiele der großen Distanz der beiden Politiker zueinander nennt der langjährige Dolmetscher Gomu³kas, E. Weit, in seinem Buch: Ostblock intern. 13 Jahre Dolmetscher für die polnische Partei- und Staatsführung, Hamburg 1970.

³⁷ „Brief eines Mitarbeiters der Botschaft der DDR in Warschau an den Botschafter der DDR in Warschau, Heymann, vom 23.10.1956“, PAAA, Bestand MfAA, A 3815.

³⁸ Vgl. Feindliche Provokation in Wrocław, in: „Neues Deutschland“, Nr. 254, 24.10.1956, S. 2.

³⁹ Diese Zahl hat Schmidt in dem obigen Bericht angegeben.

⁴⁰ „Notatka służbowa Stanisława Kopy z dnia 25.10.1956“ (Dienstliche Mitteilung von Stanisław Kopa vom 25.10.1956), A MSZ, Departament IV, 10/378/42.

konzentrierte sich Neumann auf Wirtschaftsfragen. Er stellte fest, daß die Situation in Polen sehr schwer und mit der Situation in der DDR nicht vergleichbar sei. An dieser Stelle fragte er, ob „unsere Produktionsgenossenschaften schlecht sind, ob unsere LPG's schlecht arbeiten?“. Naumann weiter: „Wenn dort in Polen schlecht gewirtschaftet wurde, dürfen wir feststellen, daß in der DDR schlechte Wirtschaft sei?“⁴¹ An diesem Treffen nahmen 1500 Sekretäre der Grundorganisationen der SED teil. Es verwundert, daß keiner der Teilnehmer Fragen gestellt hat. Nach dem Abschluß des Treffens trafen sich jedoch kleine Gruppen, in denen die Veränderungen in Polen lebhaft diskutiert wurden.

II. Pressepolitik der SED und offizielle Berichterstattung in der DDR-Presse

Die durch die Entwicklung der Ereignisse in Polen und deren Einfluß auf die eigene Bevölkerung beunruhigte Führung der DDR flüchtete sich in eine Politik bewußter Desinformation. Diese Politik wurde begleitet von einer Einschränkung des Zugangs zu polnischen Zeitungen und Zeitschriften. Am 19.10. wurde die Zustellung polnischer Zeitungen an Abonnenten in der DDR für einige Tage eingestellt. Von diesen Maßnahmen waren auch die Parteifunktionäre betroffen.⁴² Im Dezember 1956 informierte die polnische Botschaft ihre Zentrale darüber, daß die DDR-Post die Annahme von Abonnements auf polnische Presseprodukte verweigerte. „Diese Zeitungen werden nur an Kiosken verkauft. In dieser Situation geben die hiesigen Machthaber nur die Exemplare der polnischen Presse in die Hände der Leser, die sie für angebracht halten. Und das bedeutet, daß die polnische Presse ab dem neuen Jahr faktisch nicht mehr zugänglich sein wird“⁴³

In dieser Situation eines Informationsmonopols über die Ereignisse in Polen gewannen die Zeitungen der DDR, vor allem das Hauptpresseorgan der SED „Neues Deutschland“, an Bedeutung. Allerdings konnte die Bevölkerung in der DDR aus 'ihrer' Presse sehr wenig über die Vorgänge im Nachbarland erfahren.⁴⁴ Die DDR-Presse informierte zwar über die wichtigsten Ereignisse, dies aber sehr allgemein und ohne Kommentare.⁴⁵ Am 20.10. informierte „Neues Deutschland“ auf der Seite

⁴¹ Ibidem.

⁴² Vgl. „Notatka z 30.11.1956“ (Mitteilung vom 30.11.1956), A MSZ, Departament IV, 10/378/42 Bd. 2.

⁴³ „Notatka informacyjna II-go sekretarza ambasady PRL w Berlinie, J. Pierzchały z 6.12.1956“ (Mitteilung des Zweiten Sekretärs der polnischen Botschaft in Berlin, J. Pierzchała, vom 6.12.1956), A MSZ, Departament IV, 10/731/79.

⁴⁴ Es ist bemerkenswert, daß das keine neue Situation war. Die Klagen der polnischen Seite über das geringe Interesse der DDR-Presse an den polnischen Angelegenheiten waren schon 1954 zu hören. Vgl. „Notatka służbowa ob. Jakubowskiej z rozmowy z ob. Krahnem, redaktorem działu zagranicznego 'Neues Deutschland' z 8.12.1956“ (Dienstliche Mitteilung von Gen. Jakubowska über das Gespräch mit dem Redakteur der Auslandsabteilung des 'Neuen Deutschland', Gen. Krahn vom 8.12.1956, A MSZ, Departament IV, 10/319/36.

⁴⁵ Man kann der Meinung von F. Bontschek und F. Sikora nicht zustimmen, daß die Presse der DDR nur sporadisch über die Ereignisse in Polen berichtete. Auch das von beiden

5 über den Beginn des 8. Plenums.⁴⁶ Beiläufig wurden die Hauptziele des Plenums vorgestellt. Zum ersten Mal wurden die neuen Mitglieder des ZK mit Namen genannt, darunter W³adys³aw Gomu³ka, aber ohne Foto und ohne Informationen zur Person. In der Sonntagsausgabe des „Neuen Deutschland“ vom 21.10. wurde auf der ersten Seite die Ankunft einer sowjetischen Delegation in Polen bekanntgegeben.⁴⁷ Der Bericht ging über die üblichen Floskeln zur ‘freundschaftlichen Atmosphäre’ der Gespräche nicht hinaus. Die Zeitung informierte auch über die Einladung der polnischen Genossen zu weiteren Gesprächen nach Moskau. Die zahlreichen Kundgebungen, die sowohl für die Person Gomu³kas als auch für die Resolutionen des 8. Plenums Unterstützung demonstrierten, wurden überhaupt nicht erwähnt. Das Presseorgan der SED begnügte sich allein mit der Feststellung, daß „die polnische Öffentlichkeit die bedeutungsvolle Plenartagung mit starker Anteilnahme verfolgt. [...] In den Parteiorganisationen finden Aussprachen und Diskussionen statt“.⁴⁸

Noch am 20.10. wurden den Redakteuren der in Ost-Berlin herausgegebenen Zeitungen Anweisungen zur Berichterstattung über polnische Angelegenheiten erteilt. Bis auf Widerruf wurde die Veröffentlichung jeglicher Materialien aus polnischen Quellen verboten.⁴⁹ Es wurde eine zentrale Zensur auf alle Mitteilungen der Warschauer Korrespondenten eingeführt. Kommentare zu den polnischen Ereignissen durften nur nach der sowjetischen Presseagentur TASS zitiert werden. In Übereinstimmung mit diesen Anweisungen druckte das „Neue Deutschland“ einen aggressiven Artikel des Organs des ZK der KPdSU „Prawda“ nach, in dem die polnische Presse für den „Verzicht auf den sozialistischen Weg“ und ein „offenes Liebäugeln mit bürgerlichen Elementen“ kritisiert wurde. Im Namen der unzufriedenen, ‘breiten Masse’ der Werktätigen der Volksrepublik Polen forderte der sowjetische Autor dieses Artikels, daß die „alle Hemmungen verlierenden Revisionisten und Kapitulanten, die die polnische Presse für ihre schmutzigen Ziele mißbrauchen, zur Ordnung gerufen werden“.⁵⁰ Die Redakteure des Zentralorgans der SED hielten die Veröffentlichung der Repliken von Zofia Artymowska und Jerzy Putrament auf die Vorwürfe des Kremls, die im Zentralorgan der PVAP „Trybuna Ludu“ am 21.10. erschienen, für nicht angemessen. Einen Tag später kam es in Ost-Berlin zu einem kleinen Skandal. Die dort erscheinende Illustrierte Abendzeitung „Berliner Zeitung am Abend“ veröffentlichte Material über die Vorgänge

Autoren genannte Datum der Publikation der Rede Gomu³kas im „Neuen Deutschland“ (am 28.10.!) stimmt nicht. Vgl. Bontschek, op. cit., S. 32; Sikora, op. cit., S. 142.

⁴⁶ Tagung des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, in: „Neues Deutschland“, Nr. 251, 20.10.1956, S. 5.

⁴⁷ Besprechungen zwischen der KPdSU und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, op. cit.

⁴⁸ Plenartagung fortgesetzt, in: „Neues Deutschland“, Nr. 252, 21.10.1956, S. 1.

⁴⁹ Ferner s. Mitter, Wollé, op. cit., S. 262.

⁵⁰ Antisozialistische Äußerungen in der polnischen Presse. Artikel des Warschauer „Prawda“-Korrespondenten vom 20. Oktober, in: „Neues Deutschland“, Nr. 252, 21.10.1956.

in Polen und druckte es mit einem Foto von W. Gomuška auf der ersten Seite. Am Nachmittag begann der Verkauf dieser Ausgabe. Der unerwartete Einspruch der Machthaber der DDR, die zuvor den Druck gebilligt hatten, führte zur Entfernung der Zeitung aus den Kiosken. Die gesamte Auflage von 200.000 Exemplaren wurde eingestampft.⁵¹ Die von der DDR-Führung unternommenen Maßnahmen zur Bekämpfung des ‘polnischen Bazillus’ wurden von einem Teil der DDR-Journalisten verurteilt. Der Zweite Sekretär der polnischen Botschaft in Berlin, Pierzchała, bemerkte dazu: „Die Journalisten beklagten sich über die Haltung des ZK der SED zur polnischen Frage, [ihrer Meinung nach – Anm. des Verf.] wird die Presse von diesem Thema ferngehalten, indem sie eine Atmosphäre der Abwartung und Reserve über diese Angelegenheiten schuf“.⁵² „Neues Deutschland“ reagierte sehr aggressiv auf die Berichte der westlichen – vor allem der westdeutschen – Presse über die Ereignisse in Polen. Der westdeutschen Presse wurde Mangel an Objektivität in der Darstellung der Fakten, der Versuch, Polen von der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern abzuspalten und schließlich die Propagierung der Marktwirtschaft vorgeworfen.⁵³ Auf den Vorschlag von Bundeskanzler Adenauer, Beziehungen zum „freien Polen“ aufzunehmen, antwortete „Neues Deutschland“ am 24.10. mit dem Artikel: „Wenn die Abhängigen über die Unabhängigkeit reden“.⁵⁴ Es lohnt sich, diesem Artikel größere Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist dort von der Suche jedes Volkes nach einem Weg zum Sozialismus die Rede. Allerdings schlägt dieser Artikel eine besondere Interpretation dieses Weges vor: „Aber das Große unserer Zeit besteht eben darin, daß jedes Volk diesen Weg in enger Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Ländern beschreitet, die bereits den Sozialismus errichtet haben. Kein Volk braucht heute allein zum Sozialismus zu gehen, nachdem die russischen Arbeiter und Bauern, geführt von der Partei Lenins, vor 39 Jahren im großen Oktober uns allen den Weg gewiesen haben“.⁵⁵ Die Suche Polens nach eigenen Lösungen wurde als Versuch der Abkehr von der kommunistischen Tradition und der Negierung der Erfahrungen der schon existierenden sozialistischen Staaten, vor allem der UdSSR, gewertet. Die „wahren Absichten“ der westlichen Länder, hauptsächlich der Bundesrepublik, sollten in einer dem Artikel beigefügten Karikatur entlarvt werden. In ihr ist ein Wolf dargestellt, der eine Peitsche in der Hand hält – ein Symbol der Macht und Unterordnung. Auf dieser Peitsche ist das Wort „Kapitalismus“ zu lesen. Der Wolf leckt sich die Zunge beim

⁵¹ Vgl. „Notatka służbowa II sekretarza ambasady PRL w Berlinie, ob. Pierzchały” (Dienstliche Mitteilung des Zweiten Sekretärs der polnischen Botschaft in Berlin, Gen. Pierzchała), A MSZ, Departament IV, 10378/42; Ost-Berlin schweigt über Warschau, in: „Süddeutsche Zeitung”, Nr. 255, 24.10.1956 sowie Mitter, Wollé, op. cit., S. 262.

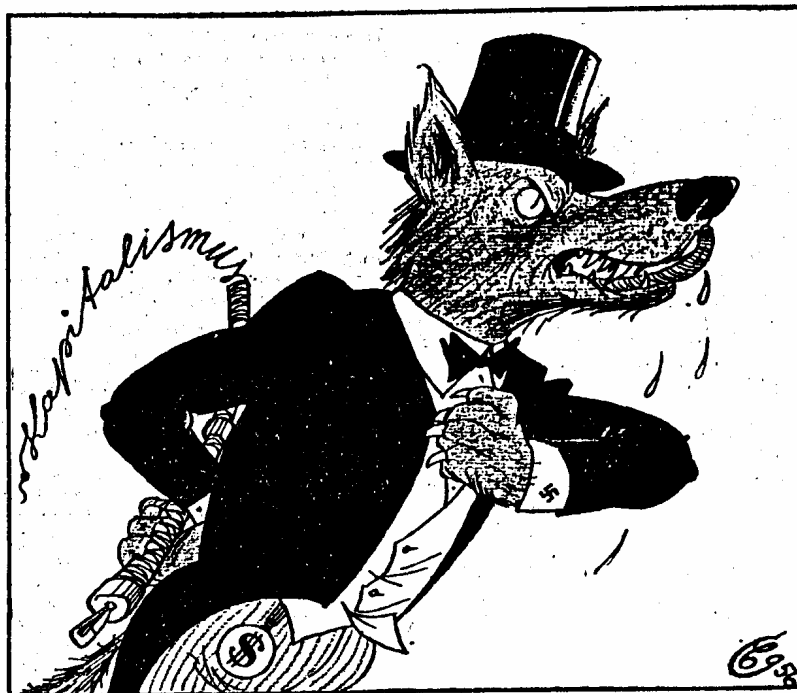
⁵² „Notatka służbowa II sekretarza ambasady PRL w Berlinie, ob. Pierzchały”, op. cit.

⁵³ Vgl. Konterrevolutionäre Spekulationen um Volkspolen, in: „Neues Deutschland”, Nr. 252, 21.10.1956, S. 5.

⁵⁴ Vgl. Wenn die Abhängigen über die Unabhängigkeit reden, in: „Neues Deutschland”, Nr. 234, 24.10.1956, S. 2.

⁵⁵ Ibidem.

Gedanken an den zukünftigen Bissen. Das Tier wurde noch mit anderen gängigen Attributen für die „deutschen Imperialisten“ ausgestattet: mit einem gut geschnittenen Frack, mit Manschettenknöpfen, auf denen Hakenkreuze zu erkennen sind, sowie mit einem Beutel mit US-Dollars. Die Unterschrift lautet: Die „Freiheit“ Polens liegt mir besonders am Herzen.⁵⁶



Die „Freiheit“ Polens liegt mir besonders am Herzen

Zeichnung: Berg

Gomu³kas Rede auf dem 8. Plenum wurde erst am 25.10. in stark verkürzter Form im „Neuen Deutschland“ gedruckt.⁵⁷ Selbst ein flüchtiger Vergleich der Übersetzung mit dem Original läßt die große Willkür erkennen, mit der die Rede des polnischen Politikers wiedergegeben wurde. Die Redaktion des „Neuen Deutschlands“ veränderte alle Zwischentitel⁵⁸ und nahm drastische Kürzungen vor,

⁵⁶ Vgl. „Neues Deutschland“, Nr. 254, 24.10.1956, S. 2.

⁵⁷ Vgl. Aus der Rede W. Gomu³kas auf dem 8. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, in: „Neues Deutschland“, Nr. 255, 25.10.1956, S. 5.

⁵⁸ In den vom „Neues Deutschland“ publizierten Fragmenten der Rede Gomu³kas auf dem 8. Plenum konnte man folgende Kapitelüberschriften finden: Probleme der Volkswirtschaft, Arbeitsproduktivität steigern, Änderungen der Preispolitik, Festigung der LPG, Brüderliche Beziehungen zum sozialistischen Lager, Kampf gegen Personenkult, Feste Freundschaft zur UdSSR, Bessere Arbeit des Sejm und Worte an die Jugend. Vgl. Aus der Rede W. Gomu³kas ..., ibidem.

ohne diese kenntlich zu machen. Die Einleitung, große Teile der Kapitel „Zu den Ergebnissen des 6-Jahres-Plans“ und „Eine negative Bilanz der landwirtschaftlichen Politik“, das Kapitel „Die Lehren von Posen“ sowie weite Passagen des Kapitels „Wir müssen der Arbeiterklasse die ganze Wahrheit sagen“ wurden gestrichen. Außerdem wurde das ganze Kapitel „Anordnung der Industrie und materiellen Anreize“, wesentliche Teile der Kapitel „Unterschiedliche Formen der Produktionsgemeinschaft sind unser Weg zum Sozialismus auf dem Lande“, „Unser Verhältnis gegenüber der KPdSU und der UdSSR“, „Über das System des Personenkultes“, „Wir dürfen nicht zulassen, daß der Prozeß der Demokratisierung gegen den Staat ausgenutzt wird“, „Die Partei muß geschlossen und einheitlich sein“ und „Damit der Sejm zum höchsten Staatsorgan wird“ ausgelassen. Alle Passagen, die Fragen der Souveränität, der Demokratisierung innenpolitischer Entscheidungsfindung, der Arbeiterräte, der Selbstverwaltung landwirtschaftlicher Betriebe betrafen oder an der vorangegangenen Epoche Kritik übten, wurden entfernt.

Im folgenden einige Beispiele: Im Kapitel „Unser Verhältnis zur KPdSU und zur UdSSR“ sprach Gomu³ka u.a. über verschiedene Wege zum Sozialismus (im deutschen Text befindet sich das unten zitierte Fragment im Kapitel „Brüderliche Beziehungen zum sozialistischen Lager“). „Das, was im Sozialismus unveränderlich ist, führt zur Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Wege zur Erreichung dieses Zieles können verschieden sein und sind es auch. Sie sind durch verschiedenartige Umstände der Zeit und des Ortes bedingt [Die von mir unterstrichenen Fragmente befinden sich im „Neuen Deutschland“ – Anm. des Verf.]. Verschieden kann auch das Modell des Sozialismus sein. Es kann so sein, wie es in der Sowjetunion geschaffen wurde, man kann es so gestalten, wie wir es in Jugoslawien sehen, und es kann auch noch anders sein. Nur auf dem Weg der Erfahrungen und Erfolge verschiedener, den Sozialismus erbauender Länder kann das unter den gegebenen Bedingungen beste Modell des Sozialismus entstehen. Im deutschen Text wird über „das beste Beispiel des Sozialismus unter gegebenen Bedingungen“ gesprochen.⁵⁹ Im Kapitel „Wir dürfen nicht zulassen, daß der Prozeß der Demokratisierung gegen den Staat ausgenutzt wird“. Im deutschen Text befindet sich das nachfolgende Fragment in dem Kapitel: „Feste Freundschaft zur UdSSR“ stellte Gomu³ka fest: „Wenn in der Vergangenheit nicht alles so war, wie es unserer Ansicht nach zwischen unserer Partei und der KPdSU sowie zwischen Polen und der Sowjetunion hätte sein müssen – so gehört das unwiderruflich der Vergangenheit an. Wenn es auf diesem oder jenem Gebiete unseres Lebens Dinge gibt, die noch einer Regelung bedürfen – dann muß dies freundschaftlich und ruhig getan werden. Ein solches Verhalten sollte nämlich die Beziehungen zwischen den

⁵⁹ Zit. nach: Rede des Genossen Wladyslaw Gomu³ka auf der VIII. Plenartagung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, in: „Arbeiterstimme“, Nr. 212, 24.10.1956, S. 4. Vgl. auch: Przemówienie Władysława Gomu³ki na VIII plenum KC PZPR (Die Rede Władysław Gomu³kas auf dem 8. Plenum des ZK der PVAP), in: „Nowe Drogi“, Nr. 10, Oktober 1956, S. 38.

Parteien und den Staaten des sozialistischen Lagers kennzeichnen. Wenn aber jemand denkt, daß es gelingen werde, in Polen eine antisowjetische Stimmung zu entfachen, dann täuscht er sich gewaltig, wir werden es nicht erlauben, daß den Lebensinteressen des polnischen Volkes und der Sache des Aufbaus des Sozialismus in Polen Schaden zugefügt wird“.⁶⁰ Und das letzte Beispiel: Im Kapitel „Die Partei muß geschlossen und einheitlich sein“⁶¹ führte Gomułka aus: „Damit die Partei energisch ihre Aufgaben erfüllen und an der Spitze des Demokratisierungsprozesses stehen kann, muß sie vor allem geschlossen und einig sein und muß auch in ihren Reihen, in ihrem Leben, voll und ganz die Grundsätze des demokratischen Zentralismus anwenden. Sie muß in ihrer Arbeit diese Grundsätze streng einhalten, die in der These über die Leninschen Normen des Parteilebens enthalten sind. Diese Grundsätze wurden auch in der Vergangenheit schon proklamiert, doch wich die Praxis oft erheblich davon ab. An der Spitze dieser Grundsätze müßte die Wahl der Parteileitungen stehen, ferner die Öffentlichkeit des Parteilebens, das Recht auf Beibehaltung abweichender Meinungen, solange der Grundsatz, daß die Beschlüsse der Mehrheit alle Parteimitglieder verpflichten, eingehalten wird“.⁶²

Ähnlich wurde die Resolution des 8. Plenums des ZK der PVAP unter dem Titel: „Über die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben der Partei“ behandelt, die im „Neuen Deutschland“ am 27.10. unter dem Titel: „Aufgaben in Volkspolen“ veröffentlicht wurde.⁶³ Diese Resolution wurde ebenfalls stark verkürzt gedruckt. Alle Fragmente, die sich mit der Demokratisierung des Lebens in Polen, mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie mit den Fehlern der vergangenen Epoche beschäftigten, wurden gestrichen. Im Gegensatz zum Originaltext, der keine Zwischentitel enthielt, fügte die Redaktion des „Neuen Deutschland“ folgende Zwischentitel in den Resolutionstext ein: „Die innerparteilichen Fragen“, „Zur Initiative der Werktätigen“, „Weitere Demokratisierung des staatlichen Lebens“, „Zu einigen wirtschaftlichen Problemen“ und „Polen – ein fester Bestandteil des sozialistischen Lagers“. Viele Schlüsselstellen, wie z.B. der Abschnitt über die private Landwirtschaft, kleine private Betriebe, die Arbeiterselbstverwaltungen, die Gründung der Obersten Kontrollkammer sowie die Einführung einer Wahlmöglichkeit bei der Kandidatenwahl für den Sejm blieben unerwähnt. Überraschenderweise wird allerdings aus dem letzten Teil der polnischen Resolution, in dem von verschiedenen Wegen zum Sozialismus die Rede ist, zitiert.⁶⁴ Das

⁶⁰ Rede des Genossen Władysław Gomułka, op. cit., S. 5. Vgl. auch Przemówienie Władysława Gomułki ..., op. cit., S. 42.

⁶¹ Im deutschen Text befindet sich das nachfolgende Fragment im Kapitel: „Feste Freundschaft mit der UdSSR“.

⁶² Rede des Genossen Władysław Gomułka, op. cit., S. 5. Vgl. auch Przemówienie Władysława Gomułki ..., op. cit., S. 43.

⁶³ Aufgaben in Volkspolen. Aus der Resolution des 8. Plenums des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, in: „Neues Deutschland“, Nr. 257, 27.10.1956, S. 5.

⁶⁴ Es handelt sich um folgendes Fragment der Resolution: „Die Bande, die die sozialistischen Länder verbinden, entstammen den gemeinsamen Bestrebungen und dem gemeinsamen

Zitat wurde jedoch aus einem größeren Zusammenhang herausgerissen. Die im Original enthaltene Kritik des „mechanischen Kopierens und der Übernahme von Vorbildern und Formen, die in den anderen Ländern angewandt wurden“ sowie die Betonung, daß verschiedene Wege zum Sozialismus möglich seien, waren im deutschen Text nicht mehr enthalten. „Die Beziehungen zwischen den Parteien und Staaten“, so heißt es in der Resolution, „sollten auf dem Prinzip der internationalen Solidarität, auf gegenseitigem Vertrauen und Gleichheit der Rechte, auf gegenseitiger Hilfe sowie gegenseitiger, freundschaftlicher Kritik, wenn solche notwendig wird, auf vernünftigen und aus dem Geist der Freundschaft und des Sozialismus resultierenden Lösungen aller Streitfragen aufbauen“.⁶⁵

Den Text der häufig zitierten Rede, die Gomuška am 24. Oktober auf dem Warschauer Paradeplatz (Plac Defilad) vor über 100.000 Menschen hielt, hat das „Neue Deutschland“ nicht abgedruckt. Man beschränkte sich auf eine umfangreiche Besprechung.⁶⁶ Zitiert wurden ausschließlich Sätze über die Notwendigkeit zur Festigung der polnisch-sowjetischen Freundschaft.

In den folgenden Tagen druckte das Zentralorgan der SED eine ganze Reihe von Stellungnahmen aus der Bevölkerung der DDR auf die Ereignisse in Polen. Verschiedene Aussagen von Arbeitern wurden z. B. unter dem Titel: „Arbeitersolidarität gegen imperialistische Umtriebe“ gesammelt.⁶⁷ Darüber hinaus wurde ein Bericht über ein Treffen der ZK-Mitglieder W. Ulbricht, H. Matern und K. Schirdewan mit den Arbeitern Berliner-Betriebe gedruckt, das die Ereignisse in Polen und Ungarn zum Thema hatte.⁶⁸ Auf die Frage eines Arbeiters, weswegen die Presse

Ziel – dem Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus. Diese Bande schließen nicht nur die volle Souveränität und Unabhängigkeit jedes Landes und jeder Nation in der Wahl des geeignetsten Weges aus, sondern setzen sie im Gegenteil voraus –, eines Wegs, der am besten zu seinen historischen Bedingungen paßt, wie auch in der Wahl der Methoden des Aufbaus eines neuen, höheren Systems“. Zit. nach Aufgaben in Volkspolen ..., S. 13.

⁶⁵ Zit. nach: O aktualnych zadaniach politycznych i gospodarczych partii. Uchwała VIII Plenum KC PZPR (Über die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben der Partei. Resolution des 8. Plenums des ZK der PVAP), in: „Nowe Drogi“, 1956, Nr. 10, S. 13.

⁶⁶ Vgl. Machtvolles Bekenntnis zur Partei, in: „Neues Deutschland“, Nr. 255, 25.10.1956, S. 5.

⁶⁷ Vgl. Arbeitersolidarität gegen imperialistische Umtriebe. Arbeiter der DDR und CSR an ihre Kollegen in Ungarn und Polen. Berliner Kampfgruppen sind wachsam, in: „Neues Deutschland“, Nr. 256, 25.10.1956, S. 1. In dem Aufsatz wurde die Äußerung des Bohrers aus den Kirow-Werken in Leipzig, Wilhelm Hardt, veröffentlicht. Er stellte folgendes fest: „Die Arbeiter Polens werden nicht dulden, daß dort faschistische oder kapitalistische Elemente wieder ans Ruder kommen. Die westlichen Metropoliten und ihre Helfershelfer stecken ja überall dort ihre schmutzigen Finger hinein, wo sie Morgenluft wittern. Aber ich denke – fügte Hardt hinzu – da werden sie sich bei der polnischen Arbeiterklasse verrechnen“.

⁶⁸ Vgl. Parteiführer beantworteten Fragen der Arbeiter. Walter Ulbricht, Hermann Matern und Karl Schirdewan sprachen mit Berliner Arbeitern über die politische Lage, in: „Neues Deutschland“, Nr. 258, 28.10.1956, S. 1.

über die Ereignisse in Polen so unvollständig berichte, antwortete Schirdewan: „Wir mußten die Entwicklung in Polen erst genau kennenlernen und konnten erst, nachdem uns von den polnischen Genossen die Beschlüsse des Zentralkomitees bekanntgegeben wurden, bei uns mit der Veröffentlichung dieser Materialien beginnen. Es ist nicht die Aufgabe unserer Presse, mit der Westpresse in einem Wettbewerb um die größte Nachrichtensensation zu treten. Die Westpresse handelt verantwortungslos. Sie hat die Aufgabe, zu hetzen, die Tatsachen der Entwicklung zu verleugnen und sie im Sinne ihrer Wunschträume zu verdrehen“.⁶⁹ Schirdewan sprach auch die Entfernung der Nummer der „BZ am Abend“ an und äußerte Kritik an der Entscheidung der „Parteifunktionäre“. Seiner Meinung nach habe es keinen überzeugenden Grund gegeben, eine solche Entscheidung zu treffen. Man kann diese Äußerung als erstes Anzeichen für den späteren Konflikt zwischen Schirdewan und Ulbricht werten.

Die Frage der Unvollständigkeit der DDR-Presse in der Berichterstattung über die Oktober-Ereignisse in Polen wurde während einer öffentlichen Diskussion aufgenommen, die Anfang November im Ostberliner Finanzministerium stattfand. Ein Bericht über diese Diskussion wurde nur in der polnischen Presse veröffentlicht. Der Fernsehredakteur F. Schnitzler versuchte – stellvertretend für die DDR-Journalisten – dieses Verhalten folgendermaßen zu erklären: „Wir hatten keine Informationen aus eigenen Quellen, und wir durften und wollten nicht zulassen, daß lügenhafte Informationen im Stil der Westpresse verbreitet werden“.⁷⁰ John Peet, einer der West-Journalisten, erklärte daraufhin, er könne eine solche Haltung nicht verstehen, weil ADN und „Neues Deutschland“ eigene Korrespondenten in Warschau hätten. Zudem habe die „Trybuna Ludu“ den Text der Rede bereits am 22.10. gedruckt, das Organ der SED dagegen erst drei Tage später und nur in Auszügen. Ferner merkte Peet an, daß diese Pressepolitik zur Folge gehabt habe, daß Tausende von Menschen, die an den Ereignissen in Polen sehr interessiert gewesen seien, den Radiosender RIAS gehört hätten. Der Auftritt Peets wurde mit Beifall aufgenommen. Danach ergriff der Stellvertretende Vorsitzende des staatlichen Rundfunkkomitees, Eisler, das Wort und verteidigte die Entscheidung des ZK der SED. „Wir kannten die Beschlüsse des ZK der PVAP nicht, wir kannten nur den Text der Rede Gomu³kas. Es gibt doch mehr Mitglieder des PB. Wir wußten nicht, was die anderen Mitglieder des ZK der PVAP meinten, wie man die Ereignisse in Polen verstehen und kommentieren sollte“.⁷¹ Peet meldete sich zwar erneut zu Wort, aber die Vorsitzende der Versammlung unterbrach die Diskussion und wechselte das Thema. Nach zehn Minuten kam jedoch einer der Diskussionsteilnehmer auf das oben angesprochene Thema zurück. Seine Äußerungen geben die Atmosphäre

⁶⁹ Ibidem.

⁷⁰ Za granicą o polskich sprawach. Publiczna dyskusja w NRD (Im Ausland über die polnischen Angelegenheiten. Öffentliche Diskussion in der DDR), in: „Sztandar M³odych“, Nr. 275, 16.11.1956.

⁷¹ Ibidem.

jener Versammlung treffend wieder: „Als ehrlicher Sozialist und Mitglied der FDJ meine ich, daß es kein ‘Tabu’ in unserer Presse geben darf, doch es gibt immer noch viele solcher ‘Tabus’. Ich weiß, daß unsere Republik viele Feinde hat, daß sie vor ihren Feinden geschützt werden muß, aber nicht auf dem Weg, daß wir keine Informationen bekommen oder als Narren betrachtet werden. Warum habt Ihr kein Vertrauen zu den Lesern, warum denkt ihr, daß wir immer vorgekauften Brei serviert bekommen müssen, daß wir allein nicht in der Lage sind, eigene Schlüsse aus einer guten Information zu ziehen? Ihr sagt, ihr hättet keine offiziellen Informationen über Polen gehabt. Aber ist das Parteiorgan ‘Trybuna Ludu’ keine offizielle Quelle?“⁷²

Ende Oktober dominierten die Ereignisse in Ungarn die Seiten des „Neuen Deutschland“. Die Niederwerfung des Aufstandes, die mit vielen Fotos illustriert wurde, sollte die Bevölkerung in der DDR offensichtlich vor eigenem „Radikalismus“ warnen. Es ist verständlich, daß der Erfolg der „friedlichen“ Reformen in Polen propagandistisch nicht ausgenutzt werden konnte. Die polnischen Angelegenheiten fanden in der Presse der DDR in Zusammenhang mit dem Besuch der polnischen Regierungs- und Parteidelegation in Moskau Mitte November 1956 wieder Aufmerksamkeit. Hierzu ein Fragment des politischen Berichtes der Polnischen Botschaft in Berlin: „Die Presse der DDR informierte und informiert auch die SED auf eine zurückhaltende und tendenziöse Weise über die Veränderungen, die in Polen stattfinden. Aus den in unserer Presse veröffentlichten Materialien wurden und werden nur die Fragmente veröffentlicht, die der dogmatischen Linie der Politik der SED entsprechen. Die Informationen über die polnischen Angelegenheiten wurden auf hintere Zeitungsseiten verdrängt“.⁷³

Die Darstellungsweise der polnischen Angelegenheiten im Oktober 1956 in der Presse einiger kommunistischer Parteien, auch der SED, war Gegenstand eines Aufsatzes von Edda Werfel in „Przegl¹d Zachodni“ Anfang November 1956.⁷⁴ Er war der Auslöser für eine ganze Reihe von aggressiven Artikeln in der Presse der DDR. Werfel warf der Presse der DDR willkürliche und sinnentstellende Kürzungen der Reden polnischer Politiker (vor allem Gomu³kas) und der Resolutionen des ZK der PVAP vor. Diese Veränderungen seien ohne Rücksprache mit den polnischen Machthabern, allerdings in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der SED erfolgt. Scharfe Worte der Kritik richtete Werfel an den Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, der sich auf der 17. Sitzung der Volkskammer gegen den Prozeß der Liberalisierung in Polen ausgesprochen hatte. Grotewohl setzte die Liberalisierungen mit einer Rückkehr zum Kapitalismus gleich. Er beschäftigte sich außerdem vergleichend mit den Parteien der kommunistischen Staaten, wobei

⁷² Ibidem.

⁷³ „Raport polityczny ambasady Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w Berlinie za okres od 1.09.1956 do 15.03.1957“ (Politischer Bericht der Botschaft der Polnischen Volksrepublik in Berlin für den Zeitraum vom 1.09.1956 bis zum 15.03.1957), A MSZ, Departament IV, 10/371/41.

⁷⁴ Vgl. E. Werfel, Do towarzyszy bratnich partii (An die Genossen der Bruderparteien), in: „Przegl¹d Kulturalny“, Nr. 44, 1.11.-7.11.1956.

er feststellte, daß „Partei und Regierung der DDR von solchen fruchtlosen Streitereien, die in Polen und Ungarn zustande kamen, frei waren. [...],“⁷⁵ Werfel kommentierte ironisch: „Wir gratulieren der Partei der DDR, daß sie frei ist von derartigen Streitereien“, und sie fuhr fort: „Ich erlaube mir darauf zu antworten, daß unsere eher fruchtbar waren und unsere Partei, obwohl sie Demokratie fordert, keine Einführung des Kapitalismus verfolgt. Dagegen möchte sie den Sozialismus wieder einführen, weil der Sozialismus sowohl den Begriff Demokratie als auch den Begriff der Freiheit beinhaltet“.⁷⁶ Der Artikel endete mit der Feststellung, daß das, was sich 1956 ereignet habe, keine „fruchtlosen Streitereien“ seien, es sei vielmehr eine Revolution. „Wer sich der Revolution entgegenstellt, der befürwortet die Konterrevolution“.⁷⁷ Der Aufsatz von Werfel rief viele Kontroversen hervor und war sogar Gegenstand von Diskussionen zwischen der PVAP und der SED im Dezember 1956. Der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Hermann Axen, derjenige, den Werfel in dem Text am meisten kritisierte, hatte Ende November eine Replik auf ihren Aufsatz geschrieben.⁷⁸ Zu dieser Replik hatten ihn sicherlich auch die zahlreichen westdeutschen Artikel gereizt, die Werfels Aufsatz ebenfalls viel Aufmerksamkeit geschenkt hatten.⁷⁹ Axen sah in dieser Reaktion eine „Hetze gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR und die SED“. Axens Empörung entzündete sich vor allem an Werfels Beurteilung der Oktober-Ereignisse, insbesondere an deren Behauptung, in Polen habe eine Revolution stattgefunden. Axens Vorwürfe blieben nicht ohne Echo. In den nächsten Tagen erschienen in der polnischen Presse einige Kommentare, die die Thesen des Artikels von Werfel verteidigten und die Replik vom Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ verurteilten.⁸⁰ „Was erfahren wir über die Genossin Werfel?“ fragte Wiesław Górnicki in einem der Kommentare. „Nicht mehr und nicht weniger als das: Sie ist 1. Fälscherin des Marxismus-Leninismus, 2. Skribentin, 3. Schreierin, 4. Spalterin in der Arbeiterbewegung, 5. ein Schädling der proletarischen Solidarität, 6. Mensch in einer ver-

⁷⁵ Ibidem.

⁷⁶ Ibidem.

⁷⁷ Ibidem.

⁷⁸ H. Axen, Gegen die Verfälschung des Marxismus-Leninismus und Tendenzen der Spaltung der Arbeiterbewegung. Eine Antwort auf den Artikel „An die Genossen der Bruderparteien“, von E. Werfel („Przegląd Kulturalny“, Nr. 44), in: „Neues Deutschland“, Nr. 282, 27.11.1956.

⁷⁹ Der Aufsatz von Werfel war durch verschiedene Zeitungen in der Bundesrepublik Deutschland kommentiert, wie z.B. W. Günzel, Warschau tadelt Ostberlin. Heftige Kritik an den „Genossen der Bruderparteien“, in „Die Welt“, Nr. 269, 15.11.1956. S. 3; A. Korab, Warschau kritisiert stalinistische Parteien. Auch die SED mußte Unangenehmes aus Polen vernehmen, in: „Tagesspiegel“, 17.11.1956.

⁸⁰ Vgl. W. Górnicki, „Skryba” Werflowa i „teoretyk” Axen, czyli jak nie należy prowadzić dyskusji (Der „Skribent” Werfel und der „Theoretiker” Axen, also wie man die Diskussion nicht führen darf), in: „Sztandar Młodych”, Nr. 2.12.1956, S. 4; J. Majski, Odpowiedź Hermannowi Axenowi (Die Antwort an Hermann Axen), in: „Przegląd Kulturalny”, Nr. 49, 6.12-12.12.1956; S. Arski, Opinie i fakty (Meinungen und Fakten), in: „Życie Warszawy”, Nr. 294, 7.12.1956.

dächtigen Gesellschaft, 7. Schädlicher Mensch, 8. Werberin mit falschem Pathos, 9. Verleumderin der KPdSU, 10. Skribentin, die das Wörterbuch aus dem Arsenal der imperialistischen Propaganda benutzt, 11. Lügnerin, 12. Privater Mensch, der die unverzeihliche Einmischung in die Angelegenheiten der anderen Parteien zuläßt”.⁸¹

Anfang Dezember erschien unter dem Titel „Die marxistisch-leninistische Partei – die führende Kraft des Volkes” der nächste antipolnische Artikel im „Neuen Deutschland”, diesmal von der Redakteurin der Parteischule beim ZK der SED, Hanna Wolf.⁸² Wolf polemisierte gegen Artikel aus der polnischen Presse. Sie kritisierte vor allem den Artikel von Jerzy Kossak, Eligiusz Lasota und Witold Wirpsza mit dem Titel: „Führer oder Verwalter”.⁸³ Die Autoren fordern in diesem Artikel u.a. Reformen in der Partei, die dem „Bükratismus” ein Ende machen sollten. Ferner ging es um die Zulassung lokaler Parteiorganisationen (dołów partyjnych) sowie um die Verselbständigung der Parteiführer. Wolf dagegen bezeichnete die Forderungen der Verfasser als naiv und als Beleidigung der Parteiführung. Die Ereignisse in Ungarn würden zeigen, was passieren könnte, wenn eine lokale Parteiorganisation („oddolna” organizacja) – wie z.B. der Petöfiklub⁸⁴ – beschlösse, für die ganze Partei zu entscheiden. Sie warf den Autoren vor, daß sie unter dem Banner des Kampfes gegen den Stalinismus (ihrer Meinung nach war es ein seit Jahren durch die imperialistische Propaganda benutztes Schlagwort) gegen die leninschen Parteiprinzipien (leninowskie zasady partyjne) kämpfen. Wolf bezeichnete den Juni-Aufstand 1956 in Polen weiterhin als faschistischen Putsch. Auch dieser Artikel fand großes Interesse in der westdeutschen Presse, weckte allerdings nicht mehr so viele Emotionen wie der Artikel von Axen.⁸⁵

In den Artikeln von Axen und Wolf, insbesondere an der übermäßigen Kritik an der polnischen Presse, kann man eine panikartige Beunruhigung über die Oktober-Veränderungen in Polen erkennen. Die in polnischen Zeitungen publizierten kritischen Texte über die Arbeit der Partei, die polnisch-sowjetischen Beziehungen sowie die Probleme des Stalinismus riefen den Widerstand der deutschen Seite hervor. In deren Augen bedeutete allein die Veröffentlichung dieser Texte eine Konterrevolution und einen Bruch mit der marxistischen Doktrin. Man befürchtete eine

⁸¹ Górnicki, op. cit., S. 4.

⁸² H. Wolf, Die marxistisch-leninistische Partei – die führende Kraft des Volkes. Einige Bemerkungen zu einem Artikel in der polnischen Zeitschrift „Po prostu”, in: „Neues Deutschland”, Nr. 288, 4.12.1956, S. 5.

⁸³ Vgl. J. Kossak, E. Lasota und W. Wirpsza, Przywódca czy administrator (Führer oder Verwalter), in: „Po prostu”, Nr. 45, 4.11.1956, S. 2.

⁸⁴ Studentischer Diskussionszirkel in Budapest 1956, der sich nach dem Freiheitsdichter der Revolution 1848/49 „Petöfi-Klub” nannte. Vgl. J. K. Hoensch, Ungarn. Geschichte. Politik. Wirtschaft, Hannover 1991, S. 130.

⁸⁵ Vgl. Neue SED-Attacke gegen Polen. Leiterin der Parteischule polemisiert gegen Anti-Stalinisten, in: „Die Welt”, Nr. 283, 3.12.1956; Vorwürfe gegen Warschau, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung”, Nr. 282, 3.12.1956.

Loslösung Polens vom sozialistischen Block. Aus dieser Überzeugung resultierte sicherlich der anklagende Ton dieser Artikel. Für eine freie Auseinandersetzung mit polnischen Positionen gab es in der DDR-Presse keinen Raum. Deren Ermahnungen richteten sich insofern nicht allein an die polnischen Journalisten, sondern indirekt auch an die polnische Partei- und Staatsführung. Gleichzeitig stilisierten sich die Autoren – und deren Vorgesetzte – zu ‘Wächtern der Reinheit der marxistischen Doktrin’. Pawel Beylin hierzu: „Dieser Ton resultierte daraus, daß in der Arbeiterbewegung lange Zeit keine freie Diskussion stattgefunden hat. Es wurde ausschließlich mit dem Feind diskutiert, und zwar in Form von Beschimpfungen. Der Übergang von Beleidigungen zu einem sachlichen und kulturellen Austausch unter Freunden ist, wie sich herausgestellt hat, keine leichte Sache, selbst für manche sehr verantwortungsbewußte Genossen”.⁸⁶ Die Auseinandersetzung zwischen der DDR und Polen offenbarte die Unterschiede in der Betrachtung des Marxismus in diesen beiden Ländern.

III. Reaktionen in der Bevölkerung

Die Oktober-Ereignisse in Polen riefen bei weiten Teilen der Bevölkerung der DDR ein lebhaftes Interesse hervor. Man wollte nicht nur umfassend über das 8. Plenum informiert werden, sondern dachte darüber hinaus über Reformmöglichkeiten im eigenen Land nach. Dies gilt insbesondere für die Intellektuellen. Viele in der DDR hegten die Hoffnung, daß es eine Chance geben würde, selbst die Initiative zu übernehmen und die Parteiführung zu einer Revision ihrer Politik und sogar zu personellen Veränderungen in der Zusammensetzung der Führung zu zwingen. Gerade die letztgenannte Tendenz war besonders gefährlich für die DDR-Führung und wurde mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft. Da die Presse in der DDR über die Ereignisse in Polen wenig berichtete und die Machthaber dieses Staates in der Zeit des 8. Plenums das Abonnement polnischer Zeitungen und Zeitschriften verboten, gab es viele Beispiele dafür, daß polnische Artikel abgeschrieben wurden, die zuvor im Polnischen Kulturzentrum in Berlin ausgeliehen worden waren. Die deutsche Ausgabe der Rede von W. Gomu³ka auf dem 8. Plenum aus der Breslauer „Arbeiterstimme” wurde zu einem ‘Bestseller’.⁸⁷ Die polnische Botschaft in Berlin berichtete der Zentrale sehr oft über Klagen von DDR-Bürgern über ‘ihre’ Presse, die entweder über die Situation in Polen konsequent schwieg oder die polnischen Ereignisse verzerrt darstellte. Diese Situation rief große Unzufriedenheit hervor. Es wurden ausführliche Informationen über die Vorgänge im Nachbarland verlangt. Derartige Forderungen wurden von seiten einiger Betriebsbelegschaften, vor allem aber von Studenten vorgetragen, die sogar mit Demonstrationen drohten. Eine Folge der staatlichen Informationspolitik in der DDR war die

⁸⁶ P. Beylin, O rzetelną polemikę w ruchu robotniczym (Um redliche Polemik in der Arbeiterbewegung), in: „Przegl¹d Zachodni”, Nr. 285, 6.12.1956.

⁸⁷ Der vollständige Text der Rede W. Gomu³kas wurde in der „Arbeiterstimme” in zwei Teilen veröffentlicht. Vgl. Rede des Genossen Wladyslaw Gomu³ka, T. 1, in: „Arbeiterstimme”, Nr. 211, 23.10.1956, S. 1, 2 und T. 2, Nr. 212, 24.10.1956, S. 2-5.

Zunahme von Diskussionen, die insbesondere nach den tragischen Ereignissen in Ungarn über den Rahmen von Betrieben und Parteiinstanzen hinausgingen. Dazu bemerkte die polnische Botschaft in Berlin: „Es wird allgemein die Meinung vertreten, daß – vor dem Hintergrund der Bedrohung der DDR durch die BRD – der Prozeß der innenpolitischen Veränderungen in der DDR nicht so stürmisch wie in Polen verlaufen sollte, da dies sicherlich zu einem Krieg zwischen der UdSSR und dem Westen (Intervention der UdSSR in Ungarn) führen könnte“.⁸⁸

Besonders heftige Diskussionen fanden an den Universitäten in Rostock, Halle, Leipzig, Jena, Weimar und Berlin, vor allem aber an der Kunsthochschule in Berlin-Weißensee statt. Die Ereignisse in Polen und Ungarn gaben Anlaß, auch über die Situation in der DDR öffentlich nachzudenken. Ende Oktober formulierten Studenten erstmals politische Forderungen, u.a. zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. In der Nacht vom 29. zum 30. Oktober wurde an der Wandtafel der FDJ im physikalischen Institut der Humboldt-Universität in Berlin ein „Aufruf an alle Studenten“ angebracht. In diesem Aufruf war u.a. zu lesen: „Es gibt keine Macht der Welt, die daran interessiert ist, dem deutschen Volk seine Freiheit, Unabhängigkeit und sein geeintes Vaterland zurückzugeben. Allein wir Deutschen selbst können und müssen dieses große Ziel erzwingen [...]. Die letzten Ereignisse in Polen und Ungarn zeigen mit aller Deutlichkeit, daß dieser Kampf nicht aussichtslos sein wird [...]. Studenten! Verweigert die Tätigkeit in der kommunistischen Zwangsorganisation FDJ. Nutzt die Gelegenheit der Ausbildung an Waffen der GST [GST – Gesellschaft für Sport und Technik – Anm. des Verf.], [...] Zieht die Lehren aus dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Die Masse der Bevölkerung wartet nur auf eine Initiative von oben“.⁸⁹ Außerdem wurde objektive und schnelle Information durch die Presse, Abschaffung des obligatorischen Russischunterrichts sowie Zulassung von unabhängigen Studentenorganisationen gefordert. In einer Analyse des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR war zu lesen: „Aus fast allen [...] Hochschulen zeigen sich Versuche der Studenten – teilweise unterstützt durch Professoren – die Auseinandersetzungen in der Volksrepublik Polen und Ungarn für Forderungen an die Führung der SED und den Staat auszunutzen. In Versammlungen, Diskussionen und vereinzelt auch in Resolutionen und Schreiben wird – oft im Einverständnis mit den FDJ-Leitungen – verlangt: ‘Änderungen im Hochschulbetrieb, nämlich vor allem Gründung einer ‘unabhängigen’ Studentenorganisation, Auflösung der FDJ-Hochschulgruppen, Abschaffung des obligatorischen gesellschaftlichen Grundstudiums und des Unterrichts in der russischen Sprache’. Hefti-

⁸⁸ „Raport polityczny ambasady Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w Berlinie za okres od 1.09.1956 do 15.03.1957” (Politischer Bericht der Botschaft der PRL in Berlin für den Zeitraum vom 1.09.1956 bis zum 15.03.1957), A MSZ, Departament IV Niemcy, 10/371/41. Vgl. auch „Notatka informacyjna w sprawach wynikających ze stosunków między Polską a Niemiecką Republiką Demokratyczną” (Informationsmitteilung in der aus den Beziehungen zwischen Polen und der DDR resultierenden Beziehungen), A MSZ, Departament IV, 10/463/48.

⁸⁹ Zit. nach Mitter, Wolle, op. cit., S. 264-265.

ge Angriffe richten sich besonders gegen die Berichterstattung der demokratischen Presse [...]. Die Mehrzahl der Studenten – auch die Mitglieder der SED – orientieren sich nach der Westpresse und vor allem nach den Meldungen des RIAS. Die Hochschulleitungen der SED und FDJ sind nur selten in der Lage, der feindlichen Argumentation entgegenzuwirken. Wie nach dem XX. Parteitag der KPdSU verstärkten sich die Äußerungen gegen das Führungskollektiv der SED, besonders gegen W. Ulbricht, dessen Rücktritt wiederholt gefordert wird”.⁹⁰ Anfang November stellten die Studenten der Humboldt-Universität einen neuen Forderungskatalog auf. Zu den vorher genannten kamen noch folgende hinzu: studentischer Austausch mit der Bundesrepublik, freier Reiseverkehr, unbeschränkter Zugang zur Westliteratur. Den Versuch, diese Forderungen an das Staatssekretariat für Hochschulwesen weiterzugeben, wurde durch Intervention der Polizei unterbunden. Ab Mitte November reagierte die Partei u.a. mit Relegierungen von Studenten. Auch Hochschullehrer fielen der ‘Säuberungsaktion’ zum Opfer. Am 29.11. wurde der Philosoph Wolfgang Harich verhaftet, der eine Arbeit über einen ‘deutschen Weg zum Sozialismus’ verfaßt hatte.⁹¹ Auch der Philosoph Ernst Bloch wurde für die Verbreitung unorthodoxen Gedankenguts mit Entzug der Publikationserlaubnis bestraft.⁹²

Sanktionen wurden weiterhin gegen den Botschafter der DDR in Polen, Stefan Heymann, verhängt. Dieser wurde im März 1957 wegen „mangelhafter Berichterstattung über die politischen Ereignisse in der Volksrepublik“ abberufen⁹³. Hintergrund dieser Abberufung war eine Äußerung Heymanns vor dem Parteiaktiv der Botschaft der DDR in Warschau am 16.11.1956. Heymann hatte festgestellt, daß die „Botschaft in ihrer Arbeit eine Reihe Erfolge erzielt hat, besonders daß es uns gelungen ist, in einer sehr kritischen Situation eine richtige Einstellung zu den internationalen Ereignissen und den Geschehnissen in der VRP zu erreichen und daß es gelungen ist, diese Einstellung auch Berlin gegenüber durchzusetzen. Es ist daher zu keiner Trübung der Beziehungen unserer Republik zur Volksrepublik Polen gekommen”.⁹⁴ Nach Meinung des stellvertretenden Außenministers Otto Winzer habe Heymann zu unrecht unterstellt, daß es, wäre es nach dem Willen ‘Berlins’ – also der Regierung oder des Außenministeriums – gegangen, zu einer Trübung der

⁹⁰ Ibidem, S. 265-266.

⁹¹ Vgl. W. Harich, Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, in: ders., Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin 1993. Siehe auch: SED und Intellektuelle in der DDR in den fünfziger Jahren. Kulturbund-Protokolle, hrsg. von M. Heider und K. Thöns, Köln 1990, S. 61-65; K. W. Fricke, Opposition und Widerstand. Ein politischer Report, Köln 1984, S. 121-123; Mitter, Wolle, op. cit., S. 272-273; Kozik, op. cit., S. 34-40.

⁹² „Hoffnung kann enttäuscht werden”. Ernst Bloch in Leipzig, dokumentiert und kommentiert von V. Caysa, P. Caysa, K.-D, Eichler und E. Uhl, Frankfurt/Main 1992, S. 42 ff.

⁹³ Vgl. „DDR“-Botschafter aus Warschau abberufen, in „Die Brücke”, 16.02.1957.

⁹⁴ „Unverzögliche Abberufung von Botschafter Heymann”, SAPMO-BArch ZPA, J IV 2/202-386/Bd. 1.

Beziehungen unserer Republik zur Volksrepublik Polen gekommen wäre. Hierin liege, so Winzer, sowohl eine Verletzung der selbstverständlichen Pflichten Heymanns als Botschafter der Republik als auch ein großer Verstoß gegen die Politik von Partei und Regierung.⁹⁵ Die in den Archiven der ehemaligen DDR aufbewahrten Berichte des Botschafters Heymann, vor allem diejenigen aus der Zeit nach dem Oktober 1956, bestätigen dessen Entwicklung von einem kommunistischen Dogmatiker zu einem kommunistischen Reformler, der die Fortschritte in der Liberalisierung des politischen Lebens in Polen unterstützte.

Die Machthaber der DDR versuchten auf verschiedene Weise die Gesellschaft vor der 'Infizierung' mit dem 'polnischen Bazillus' zu schützen. Die Streitkräfte der DDR, des Sicherheitsdienstes und andere paramilitärische Organisationen wurden mobilisiert und in jederzeitige Einsatzbereitschaft versetzt. Alle 'nichtoffiziellen' Informationen über die Ereignisse in Polen wurden bekämpft, Kontakte zwischen beiden Ländern, vor allem die Reisemöglichkeiten, wurden erheblich eingeschränkt und die Zollkontrollen an der Grenze verschärft. Von diesen Restriktionen war auch die polnische Botschaft in Berlin betroffen.

Auf der Politbürotagung Anfang November wurde ein Beschluß zur Einschränkung der Einreise aus Polen gefaßt.⁹⁶ Im Aktenvermerk, der zu dieser Sitzung vorgelegt wurde, heißt es: „Ende Oktober 1956 hatte Genossin Kundermann eine Unterredung mit der Genossin Rentmeister vom Ministerium für Kultur und dem Genossen Wiese von der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen. In dieser Besprechung wurde festgelegt, daß bis auf weiteres die Einreisen aus der Volksrepublik Polen und Ungarn in die DDR auf ein Minimum beschränkt werden müssen und nur zugelassen werden dürfen, wenn es sich um Einhaltung wichtiger Vertragsverpflichtungen handelt. In solchen Fällen muß jedoch eine gute politische Betreuung der Einreisenden durch uns gewährleistet sein [Hervorhebung des Verf.]. Betreffend Ausreisen wurde vereinbart, daß diese ebenfalls auf ein Minimum zu beschränken sind und nur politisch qualifizierte Personen zu entsenden sind“.⁹⁷ Die Folgen dieses Beschlusses waren bald spürbar. Die polnische Botschaft berichtete in den nächsten Monaten sehr oft über Einreiseverweigerungen oder Schwierigkeiten, auf die Polen während ihres Aufenthaltes in der DDR stießen.⁹⁸ Ähnliche Probleme

⁹⁵ Vgl. ibidem.

⁹⁶ Vgl. „Aktenvermerk“, SAPMO-BArch ZPA, IV 2/2/508.

⁹⁷ Ibidem.

⁹⁸ Manchmal waren diese Restriktionen sehr drastisch. So heißt es etwa in einer Notiz der polnischen Botschaft in Berlin an die Zentrale: „Einer Gruppe von Studenten aus der Technischen Hochschule in Łódź, die kurz vorher auf eigene Kosten eine Gruppe von 40 Professoren und Studenten aus der DDR bei sich zu Gast hatten, wurde Anfang November dieses Jahres [1956 – Anm. des Verf.] das Einreisevisum in die DDR verweigert, wohin sie von ihren deutschen Kollegen eingeladen worden waren. Besonders in der Botschaft der DDR in Warschau wurden den Studenten erklärt, daß von ihrer 43 Personen zählenden Gruppe nur 4 Personen reisen dürfen, weil die DDR-Machthaber die Einreisen aus Polen bremsen müssen“. Zit. nach „Aktenvermerk vom 30.11.1956“, A MSZ, 10/378/42, t. 2.

hatten auch Bürger der DDR, vor allem Jugendliche, die nach Polen fahren wollten. Am 4.12.1956 überreichte die Botschaft der DDR dem polnischen Außenministerium eine Note über die Einführung eines Einreisevisums für polnische Einreisende in die DDR. Dieser Beschluß war durch das Präsidium des Ministerrates der DDR am 29.11. gefaßt worden.⁹⁹ Weitere Beschlüsse des Präsidiums des Ministerrates der DDR betrafen nicht nur Privatpersonen, sondern auch Personen mit Dienst- oder Diplomatpässen. Die neuen Maßnahmen wurden mit der Notwendigkeit zur Verstärkung der Wachsamkeit der DDR angesichts der gegenwärtigen politischen Situation und der besonderen Lage der DDR begründet. Noch Mitte November wurde die polnische Botschaft in Berlin informiert, daß sich alle Journalisten nach der Ankunft in Berlin beim Presseverband zu melden hätten. Diese Regelung zielte auf eine Aufenthaltskontrolle für polnische Journalisten in der DDR.

Die negative Einstellung der Machthaber in der DDR gegenüber den Ereignissen in Polen drückte sich auch in der Einschränkung der Kontakte zwischen den Bürgern der DDR und Polens aus. Dr. Hermann, ein Polonist an der Humboldt-Universität in Berlin, informierte die polnische Botschaft über die Schikanierung und Verfolgung von Bürgern, die sich für Polen interessierten. Für jegliche Form von Zusammenarbeit mit Polen, bzw. für jede Form des Gedankenaustausches mit polnischen Bürgern, wurden Sanktionen angedroht. Die polnische Botschaft berichtete mit Beunruhigung über die drastische Abnahme der Besucherzahlen der polnischen Botschaft. Dazu der 2. Sekretär der Botschaft, J. Pierzchala, im Dezember 1956: „Sogar sog. gute Bekannte bitten, daß wir sie nicht anrufen, weil sie denken, daß die Gespräche abgehört werden und die Machthaber in der DDR wissen, mit wem sich die Mitarbeiter der Botschaft treffen“.¹⁰⁰ Auch die Besucherzahlen im Polnischen Kulturzentrum nahmen ab. Diese Situation war Gegenstand eines Gesprächs des polnischen Botschafters in der DDR, Roman Piotrowski, mit Ulbricht Anfang Januar 1957. Bei diesem Treffen warf Ulbricht den Botschaftsmitarbeitern vor, wesentliche Aufgaben der Botschaft vernachlässigt zu haben. Er zog daraus die Konsequenz, jegliche Kontakte zu polnischen Delegationen zukünftig über das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten oder das ZK der SED zu kontrollieren. Die Botschaft sollte Delegationen polnischer Staatsbehörden an die MfAA, Delegationen von sonstigen Organisationen dagegen an das ZK der SED weiterleiten. Darüber hinaus wurde der Botschaft untersagt, Kontakte zwischen Warschau und der Polnischen Militärmission in West-Berlin zu vermitteln. Polnischen Journalisten, die nach West-Berlin oder in die Bundesrepublik fahren wollten, wurde jeglicher Aufenthalt in der DDR verboten. Nach Einschätzung des Botschafters Piotrowski führte dieses Gespräch, das er in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Zentrale in einem ‘freundschaftlichen Geiste’ durchführen soll-

⁹⁹ Damit wurde der Beschluß von Anfang 1956 rückgängig gemacht, der die Visumpflicht aufgehoben hatte.

¹⁰⁰ „Notatka informacyjna II-go Sekretarza Ambasady PRL w Berlinie, J. Pierzchały, z dnia 6.12.1956” (Informationsmitteilung des Zweiten Sekretärs der Botschaft der PVR in Berlin, J. Pierzchała vom 6.12.1956), A MSZ 10/731/79.

te, um die Situation zu klären, eher zu einer Verschärfung der Situation. „Trotz scheinbarer Offenheit und Entgegenkommen hatte es den Charakter eines Diktats von Bedingungen, auf die sich die Zusammenarbeit unserer Botschaft mit der DDR stützen sollte“.¹⁰¹ Die beträchtlichen Einschränkungen, die der Arbeit der polnischen Botschaft in Berlin auferlegt wurden, stellten die Erfüllung vieler ihrer Aufgaben in Frage. In dieser Situation schlug die Abteilung IV des polnischen Außenministeriums sogar eine Verringerung des Botschaftspersonals in Berlin vor. Dieser Vorschlag wurde von der Ressortleitung nicht akzeptiert. Allerdings wurden andere Vorschläge der Abteilung angenommen, die das Ziel verfolgten, „Unstimmigkeiten mit der deutschen Seite in jedem Fall zu vermeiden und die Isolation der Botschaft zu verhindern. Ohne mit der deutschen Seite darüber zu streiten, ob die uns aufgezungenen Einschränkungen sinnvoll waren, sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, den Kontakt mit der Bevölkerung in der DDR aufrechtzuerhalten“.¹⁰²

Die Ereignisse in Polen im Jahre 1956 hatten eine große Bedeutung für die Beziehungen zwischen der VRP und der DDR. Im Laufe der Monate fiel die Fassade der üblichen offiziellen Parolen und der Freundschaftsbeschwörungen der sozialistischen Bruderländer in sich zusammen. Die Probleme, die die Nachbarn miteinander hatten und tatsächlich bestehende, bis dahin von der floskelhaften Beschwörung der Freundschaft zwischen sozialistischen Bruderländern überlagerte Vorbehalte und Aversionen traten in den Vordergrund. Der Einfluß der poststalinistischen Veränderungen in Polen beschränkte sich nicht nur auf die zwischenstaatlichen Beziehungen. Die Gesellschaft in der DDR hatte wahrscheinlich zum ersten Mal die Möglichkeit, Polen mit anderen Augen zu sehen. Die Kriegserfahrungen waren nicht mehr die einzige Gemeinsamkeit der beiden Völker. Immer öfter wurde die Meinung vertreten, daß die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lebenssituation und auf Freiheit im gesellschaftlichen Leben die Menschen in verschiedenen Staaten beleben kann. Das Interesse für den Verlauf der Ereignisse in Polen war besonders innerhalb der Intelligenz sichtbar. Studenten, Hochschullehrer und Intellektuelle begrüßten die Zunahme der Diskussionsfreiheit in Polen im Laufe des Jahres 1956. Für sie war auch der kulturelle Aufschwung während des „Tauwetters“ sehr attraktiv. Die politischen Veränderungen in Polen zeigten, daß es möglich war, grundlegende Reformen im Staat auf einem friedlichen Weg durchzuführen, ohne die Prinzipien des Sozialismus aufzugeben, daß derartige Reformen sogar im Namen dieser Prinzipien gefordert werden konnten. Die Intellektuellen erkannten die Diskrepanz zwischen der Berichterstattung der eigenen Medien in der DDR und derjenigen nicht nur aus dem westlichen Ausland, sondern nun auch der polnischen. In dieser Situation konnte die Partei nicht alles mit einer ‘imperialistischen Verschwörung’ oder mit ‘propagandistischen Lügen’ erklären. Letztlich kam es zu einer Teilniederlage des Informationsmonopols in der DDR. Eine weitere indirekte

¹⁰¹ „Notatka z dnia 12.01.1957 r. Ścisłe tajne” (Aktenvermerk vom 12.01.1957. Streng geheim), A MSZ 10/731/79.

¹⁰² „Notatka z dnia 18.01.1957” (Aktenvermerk vom 18.01.1957, A MSZ 10/731/79.

Auswirkung der polnischen Ereignisse auf die Bevölkerung in der DDR war eine gesteigerte Wahrnehmung der Fehler und Verbrechen der eigenen Regierung.

Nur ein Teil der DDR-Führung begegnete den zunehmenden Reformforderungen der eigenen Bevölkerung mit Verständnis. Innerhalb der SED zeigten sich Spaltungstendenzen. An der Spitze der Gegner Ulbrichts und seines harten Kurses standen K. Schirdewan, G. Ziller, E. Wollweber u.a.m. Allerdings wurden die neu erwachten Hoffnungen sehr schnell durch den Staatsapparat enttäuscht. Die äußeren Ereignissen – die Niederschlagung des Aufstands in Ungarn – trugen zu einer Festigung der Position Ulbrichts bei, denn in dieser Situation hatte der Kreml kein Interesse an Veränderungen in der DDR. Ulbricht und dessen Anhänger garantierten eine sichere Westgrenze des Ostblockes. Das war entscheidend. Die in den folgenden Monaten durchgeführte Säuberung in der Partei beruhigte die Situation etwas.

Eine dauerhafte Folge der Ereignisse von 1956 war, wie es scheint, eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen der DDR und Polen. Im folgenden Jahr wurden zwar einige Schritte unternommen, diese Entwicklung zurückzudrehen. Dabei spielte die Veränderung der Politik Gomu³kas im Laufe dieses Jahres, d. h. die Abkehr vom Geist des „Oktobers“, eine große Rolle. Ulbricht begrüßte diese Veränderung, was er Anfang 1958 auf folgende Weise zum Ausdruck brachte: „[...] Recht hatte der alte Heraklit, der gesagt hat, daß alles fließt. In den Beziehungen zwischen uns ist sehr viel Wasser geflossen, schmutziges und sauberes und nun gilt es, nur einer Sache unsere Zeit zu widmen – dem gemeinsamen Bau des Sozialismus“.¹⁰³ Wie die folgenden Jahrzehnte deutlich gezeigt haben, reichte die Zusammenarbeit der ersten Sekretäre und deren politische und wirtschaftliche Manöver nicht aus, um den oben erwähnten „gemeinsamen Bau des Sozialismus“ zu verwirklichen. 1956 wurden in den Bewohnern von Posen, Warschau, Berlin und Budapest Hoffnungen geweckt, die nicht zu unterdrücken waren. Dies ist das wichtigste Ergebnis der Ereignisse 1956 für die Geschichte Ostmitteleuropas.

¹⁰³ „List ambasadora R. Piotrowskiego z dnia 8.01.1958 do ministra spraw zagranicznych A. Rapackiego“ (Brief des Botschafters R. Piotrowski vom 8.01.1958 an den Außenminister A. Rapacki), A MSZ 23/77/9.